

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beiträge: Morgen-Ausgabe 4-gelappten 40 S. Columnen resp. deren Theile 300 M. u. f. 10. Abend-Ausgabe 3-gelappten 60 S. — Reklame 3-gelappten 1 M 50 P. — Columnen 450 M. u. f. 10.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 23. März.

12 Uhr. Am Bundesrathssitz: Staatssekretäre v. Bötticher und Jacobi, Finanzminister v. Scholz.

Der Minister- und Mobellschlichtertrag mit Serbien wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats und zwar zunächst des Etats der Reichsjustizverwaltung, der- selbe wird nach kurzer Besprechung durch Referent Abg. von Strombeck in Gemäßheit des Beschlusses der Budgetkommission unverändert genehmigt.

Dem Etat der Verwaltung der Eisenbahnen waren zwei Positionen, die Nr. 1 und 2 von Kap. 10 (Normalpforte Bahn von Siedingen nach Groß-Moyenau) erste Rate 510 000 M. und Erhaltung bzw. Ausbesserung einer Kesselschneide bei der Centralwerkstätte Bismarck zu erste Rate 82 000 M.) an die Budgetkommission verwiesen worden. Dieselbe beantragt durch Referent Abg. v. Bormann die unveränderte Bewilligung.

Abg. **Saunmüller** bemerkt hierzu, daß wenn auch bereits auf dieser Strecke eine Privatbahn bestünde, diese letztere doch anerkannt nur zum Transport der von dem Establishement, welche sie erbaut, herührenden Transporte berechtigt zu sein. Die rechtsseitig zu erhaltende Strecke sollte indessen den allgemeinen Interessen dienen, könne auch zur Abfuhr des Weges nach Paris später sehr nützlich werden und sei somit durchaus berechtigt. Da die Linie außerdem aber besonders Lokalinteressen diene, so wäre eine schärfere Heranziehung der Privatinteressenten der Gegend erwünscht. Im Uebrigen könne er den Bau der Bahn nur empfehlen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Regierungskommissars werden die Positionen bewilligt.

Beim Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Abgaben fragt Abg. Dr. **Weyer** (Zenn, nat.-lib.) bei der Regierung an, ob der Bundesrath nunmehr einen Beschluß betr. die Aufhebung des Verbrauchssteuergesetzes, für den sich der Reichstag ausgesprochen, gefaßt habe.

Staatssekretär im Reichsfinanzamt **Jacobi** erwidert, daß die Verhandlungen über diesen Gegenstand noch nicht zum Ende ge-
brachten seien.

Abg. **Diener** (nat.-lib.) spricht sich für die Aufhebung des Verbrauchssteuergesetzes als im höchsten Interesse der deutschen Fabrikanten liegend aus und bittet die Regierung, eine dahingehende Entscheidung baldmöglichst herbeizuführen.

Abg. **Brömmel** (fr.) tritt diesem Wunsche bei, erweitert aber seine Bemerkungen dahin, daß die Reichsregierung es überhaupt gar nicht eilig zu haben scheint, auf die in Zollfragen vom Reichstage gefaßten Beschlüsse zu antworten, geschweige denn die gewünschte Entscheidung herbeizuführen.

Staatssekretär **Jacobi** weist auf die hierbei obwaltenden Schwierigkeiten hin, welche einer schnellen Regelung entgegenstünden und entgegenstehen müßten, sobald der Bundesrath in eingehendere Verhandlungen und Prüfung der vorliegenden Verhältnisse eintrete. Dies sei der einzige Grund der Verzögerung der Entscheidungen.

Abg. **Brömmel** ist dagegen der Ansicht, daß vielmehr weit eifrigere Bemühungen vorzuliegen schienen; derartige Erwiderungen und Prüfungen in Zollfragen könnten weit schneller erledigt werden, ohne die dabei in Frage kommenden Interessen zu verletzen.

Die Zölle werden hierauf in Gemäßheit der Anträge der Budgetkommission in der vorgeschlagenen Höhe erledigt, desgleichen ohne Debatte auch die Verbrauchsteuern.

Der Etat der Zuckersteuer beantragt die Budgetkommission (vertreten durch Abg. v. Wedell-Malschow) gleichfalls zu genehmigen, indessen wurde ausdrücklich erklärt, daß sich die Kom-
mission keineswegs der Schlussfolgerung hingabe, daß die Ergebnisse der Untersuchungen hinsichtlich der Zuckersteuer in die materielle Er-
töschung der etwa zur Abhilfe der Zuckerfalschheit nötigen gesetz-
lichen Maßnahmen für die Kommission nicht eingebracht.

Abg. **Witte** (fr.) bezieht sich auf die im vorigen Jahre von den verbündeten Regierungen gemachten Vorlage wurde mit auf meine Bedenken gegen dieselben erwidert, daß sie gründlich durchdacht und vorbereitet sei. Die Folgen haben indessen meine Befürchtungen voll und ganz gerechtfertigt, die hervorgerufenen Schäden sind lediglich Folgen der von der Regierung herbeigeführten Be-
seitigung des Melassezuckers; das geht einfach daraus hervor, daß die Produktion von Melassezucker sich noch erheblich gesteigert hat. Deshalb werden wir die Verantwortung für die Abheilung des jeiner Zeit von mir und Dr. Barth gestellten Antrages ganz allein auf die Regierung. Daher die gewaltigen Ausfälle, daher die enorme Steigerung der gezahlten Prämien gegenüber den wirklichen Eingängen: in den letzten drei Jahren sind nämlich an Prämien gezahlt worden 109 609 859 M., gegen einen wirklichen Eingang von 102 624 000 M. (hört! links). Sollte die Regierung nicht seit 9 Jahren dauernd mit einer gründlichen Reform der Zucker-
steuer beschäftigt, so würden wir jetzt kein so hohes Defizit bezw. eine so hohe Belastung der Zuckerfabrikanten nötig haben. Während man unserer Partei wegen ihres Verhaltens in Steuerfragen stets den Vorwurf der nutzlosen Opposition macht, enthalten obige Zahlen doch für die Regierung den Vorwurf, daß sie eine schwer zu tragende Verantwortung auf sich geladen hat. (Sehr wahr! links.) Die Regierung hat sich eben nicht rechtzeitig und eingehend mit der Sache beschäftigt; obwohl wir immer und immer wieder auf Wieder-
legung des Systems gedrungen haben, leistete sie allen Gründen und Zahlen gegenüber den hartnäckigsten Widerstand. In der Kommission soll der Herr Regierungskommissar auf eine bezügliche Frage die An-
twort gegeben haben, man wolle erst noch das Urtheil von Sach-
verständigen abwarten. Hat denn die Regierung von ihren Sach-
verständigen noch nicht genug? (Rufen links.) Daran liegt es ja, daß sie ihre Sachverständigen stets in den Kreisen der Interessenten sucht. Ohne ein Verlassen der Rohmaterialbesteuerung ist eine Besserung überhaupt nicht denkbar. Die ganze Kalamität der Zuckerwirtschaft schreibt sich ebenfalls lediglich aus der Rohmaterial-
steuer her. Deshalb ist das einzige Mittel: Verlassen des bisherigen Systems und Uebergang zur Fabriksteuer, dann kann auch der Melassezucker durch Hebelnabe an der Bonifikation nicht mehr die schwere Schmach der Einnahmen bewirken. (Beifall links.)

Abg. Dr. **von Bennigsen**: Auch diejenigen von uns, welche die Fortsetzung des Herrn Vorredners auf radikale Umgestaltung der Zuckersteuer, d. h. an die Stelle der Materialsteuer einfach die Fabriksteuer zu setzen, nicht als den einzigen Weg der Abhilfe an-
erkennen, müssen doch zugeben, daß ein wesentlicher Theil seiner Auswüchse über die Folgen und Mängel des jetzigen Systems der Materialsteuer vollkommen begründet sind (hört! hört! links),
namentlich soweit es den unaufhaltsamen Rückgang der Nettoein-
nahmen der Reichsfinanzen aus dieser an sich sehr ertragreichen Steuer-
gattung betrifft. Wenn wir in diesem Augenblick mit sehr schwierigen
Finanzen und einem sogenannten Reichsdefizit zu kämpfen haben,
wenn wir uns nach Wegen der Abhilfe, nach der Be-
schaffung größerer Einnahmen aus indirekten Steuerquellen
zuerst in die Reihe umsehen, so ist es ganz unvermeidlich,
daß wir endlich einen Weg betreten müssen, in dem dieser voll-
ständige Verfall der Zuckersteuer beseitigt wird. Die Einnahme
aus der Zuckerbesteuerung ist eine sehr gesunde Ausnutzung von
Steuerquellen. Der Zucker ist kein absolut notwendiges Lebens-
bedürfnis, den Konsum des Zuckers kann man beschränken, wenn
ein vollständiges Entgehen dieses Konsums auch gewiß nicht erwünscht
ist. Wenn nach im Jahre 1869 aus der Zuckersteuer eine Einnahme von
nahezu 10 Mark für den Centner des inneren Konsums in Aus-
sicht genommen wurde, so ist bei einem Vergleich mit dem jetzigen
Netto-Ertrage der Gegenstand allerdings ein erfreulicher. Ich bin
noch zweifelhaft, ob die Zahlen, die der Herr Vorredner über den

Zuckerkonsum — ich glaube, er nannte das Jahr 1885 von 8 bis
9 Millionen Centner — angegeben hat, zuverlässig sind. Aber ein Konsum
von 7 Millionen wird wohl nicht zu hoch gegriffen sein, jetzt angesichts
der steigenden Bevölkerung und des gemachten Konsums in der
Bevölkerung; da würde man also bei einem Ertrage an Steuer
auf einen Ertrag von 60—70 Millionen rechnen können. Dem
gegenüber stehen nun Einnahmen mit 35 Millionen, also etwas
über die Hälfte des Betrages, die in Wirklichkeit aber nur einige
20 Millionen betragen werden. Das ist doch ein Ertrag, welches
als ein Erfolg einer gefunden Steuerpolitik hinsichtlich dieses
Artikels nicht bezeichnet werden kann. Wir sind aber, wie ich glaube,
offenbar noch nicht am Ende des Verfalls dieser Steuer angelangt
(Sehr richtig! links), und ich selbst, der ich persönlich bei der
Zuckerproduktion interessiert bin, möchte eine Legitimation für
unsern Anspruch nehmen, nicht etwa bloß die Reichsfinanzen-
verwaltung und die Mehrheit des Reichstages, sondern speziell
auch die Interessenten darauf aufmerksam zu machen, daß wenn
es auf diesem Wege weiter geht, es gar nicht unmöglich, vielmehr
sogar ganz wahrscheinlich ist, daß in einigen Jahren dieser Rest
der Zuckersteuer auf ein lächerliches Minimum herunterfallen wird
(sehr richtig). Wenn die Lage so ist, so haben, glaube ich, auch
gerade diejenigen, die diese Industrie betreiben, an einem
blühenden Fortgang derselben interessiert zu sein, an sich die
Frage zu richten, ob es nicht richtiger wäre, ihren
nicht unbedeutenden Einfluß dahin geltend zu machen, daß die ver-
bündeten Regierungen und speziell die Reichsfinanzverwaltung
möglichst bald auf eine ernsthafte Umgestaltung der bisherigen
Zuckersteuerform hingeleitet werde, in der Art wenigstens, daß die
größten Mängel derselben beseitigt werden. Würde das nicht
geschehen und würde das eintreten, was ich vorhin für sehr wohl
möglich, sogar für wahrscheinlich erklärt habe, dann ist es zuletzt
fast unfehlbar, daß zuletzt, wenn diese Steuer immer
tiefer herabsinkt, die Einkünfte in einzelnen Jahren
vielleicht sogar einmal auf Null herabsinken können,
dann dann den verbündeten Regierungen und dem Reichstage die
Geduld reißt und dann plötzlich eine ganz radikale Umgestaltung
einer Steuer eintritt, die vielleicht einige Jahre früher in einer für
die Interessentenkreise selbst viel erfreulicheren Art hätte wenigstens
reformiert werden können. (Sehr richtig.) Das ist mein Standpunkt
in dieser Angelegenheit, von dem aus ich wünschen möchte,
daß die verbündeten Regierungen möglichst bald an die
Arbeit herantreten. Auf dem bisherigen Wege wird es,
wie sie sich wohl überzeugt haben, nicht weiter gehen. Der Kern
der Vorlage in den letzten Jahren bestand im Grunde darin, daß
die Materialsteuer noch erhöht werden sollte. Daneben hat man
allerdings auf eine richtigere Normierung der Bonifikation das
Augenmerk gerichtet, aber eine wesentliche Verbesserung findet man
in der Erhöhung der Materialsteuer, und bekanntlich ist ja
auch in dem zweiten Gesetze — die ersten wur-
den nicht angenommen — eine Erhöhung um $\frac{1}{2}$ eingetreten.
Eine Erhöhung der Materialsteuer ganz abgesehen davon, daß die
Konsumpreise dadurch noch erhöht werden und das Steigen des
Konsums wenigstens aufgehalten wird, hat nun zweifellos den
Nachtheil, daß sie die Ungleichheiten, die unter den Produzenten
jetzt schon nach der Art ihres Betriebes, nach den Verhältnissen
ihrer Gegend bestehen, vermehren und außerdem das
Privilegium, welches die Melassezuckerung jetzt hat,
noch in unerwarteter Weise steigern würde. (Sehr richtig!)
Dieser Weg wird, wie ich hoffe, aufgegeben. Es bleibt dann zunächst
der andere Weg, der ja daneben auch in den letzten Jahren, schon
seit dem Jahre 1883 und auch im vorigen Jahre besprochen wurde,
eine Herabsetzung der Bonifikation. In dieser Sache sind ein
paar Zahlen von Interesse. Die Herren, die sich mit dieser An-
gelegenheit näher beschäftigt haben, werden wissen, daß im Jahre
1869 bei dem damaligen Gesetzgebungswerke über den Zucker man davon
ausging, daß für diejenige Sorte von Melassezucker überhaupt, bei dem
der Export befristet wurde, ein Betrag von 14 Centner Rüben
erforderlich wäre, um 1 Centner Zucker zu produzieren. Im Jahre
1883 ging man bei der Gesetzgebung davon aus, daß nur noch
11 $\frac{1}{2}$ Cent. erforderlich wären für diese Sorte des niedrigsten zu boni-
fizierenden Zuckers. In demselben Jahre hat die Enquete, über die
meiner Meinung nach ohne Noth so mühsamlich gewerkelt wird,
in der Mehrheit ihrer Kommission einen Satz von 10 $\frac{1}{2}$ Cent. Rüben
für erforderlich gehalten, und die Vorlage der verbündeten
Regierungen im Jahre 1884/85 ist ausgegangen von
dem Satz von 10 $\frac{1}{2}$ Centner. Jetzt in dem neuesten
Gesetze vom Juni vorigen Jahres ist man angelangt
bei einem Satz von 10 $\frac{1}{2}$ Centner Rüben für 1 Centner Zucker.
Selbst die Interessenten werden nun zugeben müssen, daß dieser
Satz noch zu hoch gegriffen ist; zweifellos würde das auch der Fall
sein, wenn man — und ohne das kann eigentlich der Zustand nie-
mals vollständig auf seine Kosten kommen — wenn man auch
das Ergebnis der Melassezuckerung mit einrechnet und
dann den Durchschnitt für die Exportbonifikation bemittelt.
Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgte, sich dabei lediglich
auf den reichsfinanziellen Standpunkt stellte und sagte: Wir müssen
auch in Berücksichtigung einer Reihe von Jahren bei der Bonifikation
den Satz so niedrig greifen, daß wir im Durchschnitt ganz auf
andere Kosten kommen als Reichsfinanzen, so ist zweifellos, daß ein
solches Verfahren ein Todesurtheil für eine Reihe von Establishments
sein würde, ein Drittel der bestehenden wäre wohl nicht zu hoch gegriffen;
da es sich hier nicht bloß um die Interessen der einzelnen Fabriken
und deren Inhaber, sondern auch um die damit in Zusammenhang
stehenden Interessen ganzer Landschaften, der Werthe, die im Grund-
besitz stehen, große Geschäfte handelt, so würde man gar nicht
wagen, so radikal zu verfahren bei der Finanzverwaltung, und
unter keinen Umständen würde ein so radikaler Vor-
schlag auf Zustimmung im Reichstage zu rechnen haben.
Aber wenn rücksichtslos so vorgegangen würde, wie lange würde
dann das Verhältniß dauern? In einigen Jahren würde auch
ein so radikal gefasster Satz von den Fortschritten der Technik
wieder überholt sein. Alles dieses berücksichtigt, wird man wahr-
scheinlich sich entschließen müssen, an den Grundlagen des Systems
selbst Aenderung vorzunehmen (hört! hört!), und da stehen wir
dann vor der Frage, ob wir das System vollkommen verwerfen
sollen mit dem, was von der linken Seite seit Jahren empfohlen
wird, dem Fabrikatensystem. Ich will nun auf ein äußeres
Moment zunächst hinweisen, weshalb dies nach meiner Auffassung
etwas ungewöhnlich sein würde. Wir hatten das Roh-
materialensystem, die Franzosen das Fabrikatensystem;
wir haben die größten Fortschritte gemacht auf diesem
Gebiete der Industrie, die Franzosen sehr geringe. Wie groß die
Unterschiede sind, das ergibt sich daraus — während die Fran-
zosen leicht vom Fabrikatensystem zum Rohmaterialensystem über-
gehen, — daß bei den Feststellungen, die an der Hand dieses Ueber-
ganges erforderlich waren, man angenommen hat, es seien 16 Cent-
ner Rüben erforderlich für den Centner Zucker, und danach werden
also die betreffenden Bestimmungen, namentlich auch die
Bonifikationshöhe normirt werden. Wenn das also das
Ergebn einer langen Entwicklung ist — dort braucht die Technik
16 Centner, bei uns weniger als 10 — so hat doch das Rohmaterial-
ensystem, bei seinen lausigen großen Mängeln, doch wenig-
stens im Wesentlichen unsere großen Fortschritte zur Folge
gehabt. Für eine radikale Abschaffung dieses Systems
könnte ich mich nicht entschließen, und wenn Sie
dazu kommen, so geschieht es, weil Sie kein anderes
Mittel mehr zu haben glauben. Wenn nun der Herr Vorredner
die Melassezuckerung empfohlen hat, so würde gewiß eine Kor-
rektur eintreten in dem Rückgange der Einnahmen, aber, ganz ab-
gesehen davon, daß die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kontrolle

doch sehr große sein sollen, so ist doch auch das finanzielle
Ergebnis hierdurch allein sehr erhebliches, jedenfalls kein
außerordentliches, um entsprechend das zu denken, was wir
hier bei dem Rückgange in den Reichseinnahmen entbehren. Man
hat geglaubt, auf diesem Wege 5—6 Millionen zu erreichen, es
würde damit also auch nicht viel gewonnen sein. Ich bin deshalb
der Ueberzeugung, wenn man in der Sache den ernsthaften Versuch
einer Reform machen will, so wird vorläufig nichts anderes übrig
bleiben, als einen Vorschlag, den mein Vorzeigener Colmar schon
früher gemacht hat, den weiteren gesetzgeberischen Akten zu Grunde
zu legen, daß man das Rohmaterialensystem nicht vollständig
abschafft, daß man sich die großen Vortheile desselben in der Ent-
wickelung und Wirkung für die Industrie bewahrt, es aber dadurch
korrigirt, daß man in dieselbe einen erheblichen Theil von
Beseitigung des fertigen Produktes einführt, sei es in
Form mehr der Fabrikatsteuer oder mehr der Konsumsteuer.
Diese Frage im Augenblicke zu erörtern, würde wohl nicht am Platze
sein. Das ist im Wesentlichen ein Gegenstand der steuerrechtlichen
Erwägungen hinsichtlich der Sicherheit und der Kostspieligkeit der
erforderlichen Kontrollmaßregeln. Wenn man also — ich will ein-
mal die Sache ganz grob greifen — es so behandelt,
daß man die Rohmaterialsteuer auf die Hälfte her-
untersetzt, daß man die ausfallende Hälfte erst
durch eine entsprechende Beseitigung des Produktes, so würde man
also hinsichtlich des inneren Konsums für diese Hälfte der Steuer
eine ganz feste sichere Einnahme haben. Wenn man die Sache
wegen der Bonifikation nicht in etwas korrigirt gegenüber
den veränderten Verhältnissen, so würde man aller-
dings namhafte Prämien nach wie vor bezahlen. Die
Prämie würde aber einfach auf die Hälfte herabgesetzt sein, und
der Anfall dadurch schon ganz bedeutend korrigirt werden. Es
steht ja auch nichts im Wege, jetzt oder später auch das Verhältniß
der Bonifikation bei der Wahl dieses gemäßigten Systems noch
etwas anders zu normiren. Man würde also dann ein
gewissermaßen logisch inkonformes System haben, aber es kommt
doch mehr auf die Nothwendigkeit an, gewisse Steuerbeträge zu er-
langen, und da kann man sehr wohl Theile eines Systems in ein
anderes einführen, um dadurch die Nachteile des letzteren zu
korrigiren, so daß das Ergebnis praktisch vernünftig ist und vielleicht
sogar die Gewähr längerer Dauer in sich schließt.

Geht man auf diesem Wege vor, so ist es sehr wohl möglich, daß
man die Einnahmen, welche wir noch in der zweiten Hälfte der
Rebennier Jahre aus dieser Steuer von nahezu 50 Millionen hatten,
— ja ich bezweifle nicht, daß man den Betrag von 60—70 Millionen
sogar erhalten wird — damit also das, was man mit dieser Steuer
ursprünglich hat erreichen wollen. Nun würde auf diesem Wege
freilich eine vollkommene Beseitigung der ganzen Zucker-
steuer nicht allein herbeigeführt werden können. Das ist uns nicht
die Aufgabe der Gesetzgebung allein, von dieser kann man nur
verlangen, daß sie nichts thut und namentlich in dem Augenblicke,
wo eine bedeutende Industrie wie diese schwer krank, nichts thut,
um diesen Prozeß noch zu verschärfen; sie soll im Gegentheil die
Wege zur Heilung öffnen. Da gibt es allerdings verschiedene
Mittel, und diese Frage wird uns spätestens im nächsten Winter
hoffentlich ernsthaft beschäftigen durch eine Zuckersteuervorlage.
Auch die Regierung kann den Versuch machen, dieses am Zwei-
gang übermäßige Prämienwesen, wie es auch die anderen europäischen
Kontinentalstaaten, welche Milchwirtschaft treiben, haben, zu
reformiren. Ich weiß nicht, wie weit eine Anregung nach Mit-
theilung aus dem englischen Parlament von dem dortigen Staats-
sekretär Ferguson vor einigen Wochen seitens der englischen
Regierung an die Kontinentalregierungen gegangen ist, unweigerlich
ist irgend einen Erfolg gehabt haben, oder ob diese Anregung
überhaupt hierher gekommen ist. Es wäre von Interesse darüber
etwas von der Regierung zu erfahren. Sobald die verbündeten
Regierungen das Prämienwesen wesentlich einschränken, würde ihre
Stimme wohl von größerem Gewicht sein bei derartigen Ver-
handlungen und Einrichtungen auch auf ähnliche Maßregeln von
anderen Regierungen. Von internationalen Verträgen derart
verspreche ich mir keinen sehr sicheren Erfolg. Aber ganz bedeu-
tungslos könnten doch solche Einrichtungen und ein einigermaßen
gleichmäßiges Vorgehen hinsichtlich derjenigen Regierungen und
Gesetzgebungen, die am meisten theilhaftig sind, nicht sein.

Wesentlich ist — und das haben wieder die Interessenten in
der Hand — ich erinnere mich aus dem Jahre 1886, als der Schied
ein sehr großer war, die Preise für Zucker gesunken, die Wüthungen
der Ueberproduktion in einer sehr wirksamen Weise hervorgerufen,
daß da in den Kreisen der Zuckerrübenindustrie durch gemein-
sames Vorgehen der Selbstbehauptung jedes Einzelnen aus
eigener vernünftiger Einsichtnahme eine bedeutende Beschränkung
des Rübenbaues erfolgt ist. In der Vorlage der verbündeten Re-
gierungen aus dem vorigen Jahre ist die Beschränkung auf 31 Proz.,
also beinahe ein Drittel angegeben. Nachdem der erste Schreden
vorüber war, wird jetzt nur noch die Hälfte von der Beschränkung
im Jahre vorher betragen. Durch eine derartige Beschränkung
können die Bemühungen der Gesetzgebung auch von den Interessenten
unterstützt werden.

Das Unglück dieser Industrie ist ja eigentlich erst seit der Zeit
herbeigebrochen, als weit über die Hälfte des Produktes nicht mehr
in Deutschland verzehrt werden konnte, sondern nach dem Londoner
Markt geworfen wurde, Deutschland also trotz des Zollschutzes vom
Weltmarktpreise abhängig gemacht wurde. Das wird erst wieder
anders werden, wenn das Mißverhältniß in unserer Produktion
hinsichtlich des inneren Konsums und der auszuführenden Massen
beseitigt ist, wenn sowohl hier wie auch in anderen Ländern mit
Zuckerproduktion eine derartige Ueberfüllung des Weltmarktes,
speziell des Londoner Marktes, wie in den letzten fünf Jahren nicht
nachhaltig bleibt. Also auch hier kann die Industrie selbst viel zu
ihrer Beseitigung thun.

Was ich aber vor allen Dingen erwarte und verlange, ist, daß die
einführenden Vorkünder in der Reihe und die Mitglieder des
Reichstages, die dieser Industrie angehören, ihren Einfluß in einer
Richtung geltend machen, wo wir wirklich auf eine dauernde
Hebung der Reichseinnahmen rechnen können durch eine ernsthafte
Reform der Steuer und nicht durch Experimente, wie sie sich in
den letzten Jahren als vollkommen nutzlos erwiesen haben. (Beifall.)

Staatssekretär **Jacobi**: Die Regierung verflücht sich der
Verantwortung der Sachlage nicht. Aber, wenn der Abg. Witte die
Verantwortung allein den verbündeten Regierungen zuweist, so ist
dies ungenügend, denn zum mindesten ist der Reichstag Mitschuldig,
da er das Gesetz vom 1. Juni 1886 beschloß. Daß die
Gesetzgebung wiederum seit diesem letzten Gesetze durch die Technik
überholt worden ist, steht unbestritten fest, im Gesetz allein kann
im Vorgehen der verbündeten Regierungen liegt keine Schuld. Be-
züglich einer internationalen Regelung der Sache kann ich mir
darauf hinweisen, daß bisherige Versuche auf diesem Wege nicht
von Erfolg begleitet gewesen sind. Was das neue Gesetz etwa
enthalten wird, kann ich nicht sagen, aber so viel wird und muß
es enthalten: daß erstens bessere Erträge für die Reichskasse erzielt
werden und daß wenn man zur Reform schreitet, zweitens die be-
deutende Industrie möglichst wenig geschädigt werde.

Abg. **Robbe** erkennt diese letzteren Bedingungen als haupt-
sächlich an und spricht seine Freude darüber aus, wie jetzt immer
mehr sich die Erkenntnis Bahn breche, daß das gegenwärtige
Zuckersteuersystem nach und nach zur Abwirthschaftung hinführe.
Der Fehler der Gesetzgebung liegt darin, daß man zum Zwecke der
selben stets am weiten den Produzenten selbst Gehör gegeben
habe. Die Nothlage der Landwirtschaft führe sich gleichfalls
aus der Rohmaterialsteuer her, die Zuckerindustrie sei schon lange
kein landwirtschaftliches Gewerbe mehr, denn der frühere Haupt-
zweck, in der Stube neben der Zuckervermehrung ein Futter

Ayuntamiento de Madrid

Innen Orden. Ich verkenne gar nicht die Bedenken, welche diesem Aufsatze zu Grunde liegen, und ich bezweifle nicht, daß er in besserer Absicht gemacht ist. Andererseits aber glaube ich, daß die Realisierung Mittel genug hat, um ihre Absichten doch erreichen zu können. Durch den Zusatz haben Sie die Sache so gestaltet, daß alle Wirkung jedenfalls verloren geht; es wäre dann eben so gut, die ganze Sache fallen zu lassen. Denn es wird immer das Gefühl sich dagegen heben, daß eine Beschränkung dieser rein geistlichen Beschäftigungen ausgeprochen werden soll. Ich empfehle Ihnen deshalb auf diese Angelegenheit etwas näher einzugehen.

Dann ist ein dritter Punkt, den ich ebenfalls als redaktionelle Forderung vorzunehmen bitte; und da möchte ich doch einige einleitende Bemerkungen machen, weil ich glaube, daß diese Bemerkungen und sofort die ganze Behandlung der Vorlage erleichtert werden. Es handelt sich um die Zulassung der Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche. Wenn ich die Sache ausgiebig behandeln wollte, müßte ich den Vorurtheilen und falschen Ansichten entgegenzutreten, welche seit Jahrhunderten bei dieser Institution der katholischen Kirche sich geltend machen. Es muß genügen, mit einigen wenigen Sätzen die Sache darzulegen und damit auch zu rethorikieren. Das Christenthum ist darüber einig, daß der göttliche Erlöser das Ideal der sittlichen Vollkommenheit für das ganze menschliche Geschlecht dargestellt hat. Nun hat er sich gezeigt in völliger Entfremdung von menschlichen Freuden und Genüssen, und indem er dies that, hat er an uns die Mahnung gerichtet: „Wenn Ihr vollkommen sein wollt, so laßt mich nach.“ Diesem Rufe des göttlichen Heilandes sind vom ersten Tage des Christenthums an Christen gefolgt. Wir finden deshalb schon in den ältesten Zeiten Leute, welche dem Heiland ähnlich zu sich selbst benahmten, und wir finden diese in allen Jahrhunderten. Ich will Sie nun nicht behelligen mit der Geschichte der Entwicklung des Ordenswesens, welches an den heiligen Antonius und viele heilige Kirchenlehrer anknüpft. Aber nun bitte ich Sie, sehen Sie, ob es ein christliches Jahrhundert giebt, in welchem nicht Orden in der katholischen Kirche vorhanden waren. Wenn es aber so ist, wenn die Orden aus der Grundidee der christlichen Vollkommenheit herausgewachsen sind, wenn sie ununterbrochen in der katholischen Kirche vorhanden gewesen sind, dann kann man gewiß nicht sagen, sie seien unnützlich, sie gehörten nicht zum Organismus der katholischen Kirche. Wir finden deshalb großen Andrang des katholischen Volkes zu den Orden. Zu den Beirathen der Staatsregierung können Sie es sehen, daß seit dem Augenblicke, wo die Fesseln etwas gelöst wurden, sofort Tausende den Krankenpflegeorden beigetreten sind. Und nicht alle, die sich für das Ordensleben entscheiden wollen, haben Beruf für die Krankenpflege. Diesen bleibt nichts übrig, als ins Ausland zu gehen, und darum haben wir die betrübende Erscheinung, daß eine große Anzahl von Katholiken trotz ihrer Vaterlandsliebe ins Ausland suchen müssen, was sie im Inlande leider nicht finden. Ich weiß wohl, daß man mit dieser Aufzählung den Ansichten vieler nicht-katholischer Mitbürger entgegentritt; aber ich darf doch bitten, daß Sie uns gesellen, nach katholischen Anschauungen unsere katholische Kirche einzurichten. Die Genugthuung nimmt überhand, die Stätten des heiligen Gottesdienstes sind angefüllt, während die Stätten des Gottesdienstes leer bleiben. Wir finden ferner, daß in der Welt ein Geist der Auflehnung gegen göttliche und menschliche Ordnung auftritt, der in unserer aller Befestigung das eigentliche Heil stiehlt. Das sind die Gefahren, die wir haben, die die menschliche Gesellschaft bedrohen, und gegen diese Gefahren ist es notwendig ein Gegengewicht zu schaffen. Ein anderer Einwand ist, daß Ordensleute hebe die persönliche Freiheit auf. Aber sehen Sie, was die Orden in Kunst, Wissenschaft und Nächstenliebe geschaffen haben, und werden Sie Ihnen dann noch vor, daß der Gehorsam den Inhalt des eigenen Lebens aufgehoben hat? Ich weiß wohl, daß man auch den Einwand gegen die Orden erhebt, sie dienten nur der Broterhaltung. Das ist ein gemischter Bevölkerung ein sehr schwerer Vorwurf. Aber von sämmtlichen Orden und Kongregationen sind der Staatsregierung die Regeln vorgelegt worden, welche seitdem keine Aenderung erfahren haben. Ich frage nun die Staatsregierung: findet sich in den Regeln eine Bestimmung, welche diesen Vorwurf der Unmöglichkeit rechtfertigen würde? Anders liegt die Sache, wenn man sie auf konkrete Fälle überträgt. Es hält z. B. ein Ordensgeistlicher eine Predigt. Er lobet natürlich nur Katholiken, das ist aber auch eine einzelne Anekdote. Sollen diese nun ausgeschlossen werden? Liegt darin eine Befehlsmacherei? Derartige Fälle kann es sehr geben. Aber der Vorwurf der Protokollmacherei ist doch ganz unzureichend. In den letzten Tagen habe ich noch einen Vorwurf gehört. Man sagt, die Verhältnisse im Innern seien schon unzufrieden genug. Wenn man die Orden wieder aufnehme, würde der Unfrieden noch wachsen, denn sie brächten nur Bitterkeit mit. Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wenn die Orden zugelassen werden, so können sie nicht mit Bitterkeit zurück. Sie sehen über die Grenzen des Vaterlandes mit großer Sehnsucht hinein, und wenn sie zurückgelassen werden, werden sie zurückkehren mit den dankbarsten Gefühlsregungen, die ihre Angehörigen theilen werden.

Nun bin ich in der Staatsregierung recht dankbar, daß sie, wenn sie prinzipiell die Orden wieder aufheben will, zunächst diejenigen ins Auge faßt, welche sich der Seelorge widmen. Ferner diejenigen, welche sich der christlichen Liebesbätigkeit widmen — ich brauche nicht weiter auf die Noth der Zeit hin zu weisen — dann diejenigen, welche sich einem bescheidenen Leben widmen. (Reichsfürst v. Bismarck) Dagegen habe ich sehr bedauert, daß ein Theil der Orden ausgeschlossen ist, nämlich die Lehrer, nach welchen das katholische Volk sich ebenso sehr, wie nach den andern, und ich habe in der Kommission nachgehört, daß es in gewisser Weise nicht nur ein Bedauern, sondern eine Ehrenpflicht ist, auch diese wieder zuzulassen. Ich verweise auf den Bericht und die Angaben desselben über die andern Orden. Ich bedaure, daß die Kommission meinen Antrag auf diejenigen Orden beschränkt hat, welche in höheren Mädchenschulen und Pensionaten unterrichten. Ich bin indessen auch für diese Konzeption dankbar und empfehle Ihnen nur eins, was die redaktionelle Fassung angeht. Es hat uns in katholischen Kreisen doch etwas beunruhigt, daß die Zulassung der Orden ganz allein im Ermessen der Staatsregierung stehen soll. Ich gebe ja zu, daß der Staatsregierung hier und da an einer Beschränkung der einzelnen Orden liegen kann. Aber ich meine, wenn man in § 1 die überflüssige Bemerkung streicht, wonach für jeden Orden eine besondere Genehmigung der Regierung erforderlich ist, so ist damit dem Staatsinteresse gar kein Abbruch geschehen. Die einzelnen Orden sind ja nur erloschen in den einzelnen Niederlassungen. Wenn also die Staatsregierung den Anspruch erhebt auf Genehmigung jeder einzelnen Niederlassung, so ist ja die Frage auch für die einzelnen Orden gelöst. Die vorgeschlagene Bestimmung macht einen doppelten unglücklichen Eindruck. Wenn die Katholiken bei meinem Antrage beruhigt, so geben sie der Staatsregierung damit den Beweis des größten Vertrauens. Dieses Vertrauen auf die Regierung in Bezug auf die Ausführung der Gesetze ist in der That verdient. Ich will nur darauf hinweisen, daß, obwohl nach dem Gesetz vom 31. Mai 1873 die durch königliche Verordnung festgestellten Niederlassungen wieder aufgelöst werden können, doch in den 12 Jahren von dieser Bestimmung niemals Gebrauch gemacht wurde. Ich erkenne damit das Wohlwollen der Regierung an und darum wünsche und hoffe ich, daß bei der Durchführung der Orden die Regierung dasselbe Wohlwollen betheiligen wird. Ich bitte Sie daher, die Beschlüsse der Kommission auszunehmen. Es ist die Aufgabe der freireligiösen Rechte an die Katholiken.

Es hat der Referent darauf aufmerksam gemacht, daß man hoffe, und gewiß noch mehr thun würde, wenn man es wüßte, daß damit der kirchliche Friede nun erlangt werde. Nun ist richtig, daß der Friede noch nicht in allen Kreisen existirt; aber ich bin fest überzeugt, er wird existiren, wenn die heutige Arbeit zum guten Abschlusse kommt. Das Gefühl, das uns doch alle für das Vaterland erfüllt, meine ich, abgesehen von dem Streit und der Welt zu schaffen und die Gemüther zu versöhnen.

Dr. Weseler: Die Verhandlungen im vorigen Jahre und die gegenwärtigen stehen mit einander im Zusammenhang, insofern die Verhandlungen über die gegenwärtige Vorlage nur die Fortsetzung der vorhergehenden sind. Durch diese Vorlagen werden wieder wesentliche Freiheitsrechte des Staates aufgegeben. Was hierbei der Staat aufgibt,

wird der Kurie gutgeschrieben und es werden, wenn der Papst Leo XIII. einen feierlichen Nachfolger erhält, denselben geschilderten Waffen gegeben; was dagegen die Kurie bietet, ist nur persönliche Konzeptionen, die im Allgemeinen unsere Stellung auf die Dauer rechtlich nicht berühren.

Nach Art. 1 der Vorlage enthält eine sehr wesentliche Abweichung von dem bestehenden Recht, die ich nicht annehmen kann. Er betrifft die Errichtung der Priesterseminare. Wenn man hier den Bischöfen von Limburg und Osnabrück die Freiheit zur Errichtung von Priesterseminaren einräumt, die im vorigen Jahre nicht berücksichtigt war, so lege ich auf diesen Punkt kein großes Gewicht. Den Herren Bischöfen von Osnabrück und Limburg wird kein großer Dienst erwiesen werden durch diese Bezeichnung, weil sie nicht die materiellen Mittel haben, um die Sache mit Erfolg durchzuführen. Durch den § 2 wird die Freizügigkeit der Priesterseminare anerkannt. Die Folge davon wird sein, daß vielfach die geistlichen Seminare die katholischen Universitäten haben legen und eine Art Konkurrenz zwischen beiden hervorgerufen wird. Nun hat der Herr Bischof Kopp gesagt, daß der Artikel 1 der Vorlage hervorgerufen sei durch den Mangel an Priestern. Allein der Herr Kultusminister hat nachgewiesen, daß dieser Mangel nicht besteht; die Zahl der katholischen Theologen an den Universitäten ist sehr groß. Es sind jetzt günstige Chancen für die katholischen Theologen und die Zahl der Theologie Studierenden wächst bedeutend, so daß die Priesterseminare nicht mehr nöthig sind. Auf eine Erweiterung des Art. 1 darf meiner Ueberzeugung nach die Regierung nicht eingehen. Durch die Priesterseminare wird auch der ganze Gang der preussischen Universitätsverwaltung wesentlich geändert, denn sonst ist die Regel, daß geistliche Funktionen nur erfüllt werden können von Personen mit akademischer Bildung. Diese Aenderung hat auch in katholischen Kreisen Vertretung gefunden, weil die katholischen Theologen, welche ein akademisches Studium absolviert haben, besser vorbereitet sind, als die, welche keine akademische Vorbildung erhalten haben und nur in den Priesterseminaren unterrichtet sind.

Kerner sollen einzelne Bestimmungen über das Einpruchsrecht des Staates anders formuliert werden. Das Einpruchsrecht war das Schmerzenskind der vorigen Vorlage. Die Anträge des Herrn Bischofs Kopp gehen hier viel weiter als die Bestimmungen der Regierungsvorlage und auch über den Inhalt hinaus, der durch den Jakobinischen Erlass gezogen ist, durch welchen die Angelegenheit im Wesentlichen geregelt ist. Es ist darüber eine Verständigung zwischen dem Staat und der Kurie erzielt worden. Aber wie ist das, stolze Festhalten an der Angelegenheit geschwunden! Ich möchte jedoch den Herrn Bischof Kopp bitten, kein Mißtrauen gegen die Regierung zu hegen. In dem Kommissionsbeschlusse heißt es: „Die Katholiken, welche den Einpruch begründen, sind festzustellen.“ Wer hat diese Thatfachen festzustellen und wer hat die Entscheidung darüber, ob die Thatfachen genügend sind? Wenn etwas festgestellt werden soll, so muß es auch bewiesen werden; und es muß auch jemand da sein, der über die Berechnung der Gründe entscheidet. Hier darf man nicht Mißtrauen hegen, sondern muß die friedlichen Zeiten berücksichtigen. Auch in der Bestimmung des § 3 des Art. II., daß geistliche Urtheile vom 11. Mai 1873 nicht von Rechtswegen die Erhebung der Stelle zur Folge haben sollen, ist man zu weit gegangen. Auf das Verbot der Abhaltung von Messen und des Spensens der Sakramente hat man früher so großen Werth gelegt und jetzt soll dieses Verbot auch aufgehoben werden. Ferner will man auch das Geheiß über die Grenzen der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel im Wesentlichen aufheben. Dadurch werden Mißbräuche herbeigeführt werden können, gegen welche man die Hilfe der Gerichte nicht in Anspruch nehmen kann. Es fragt sich, ob es Pflicht des Staats sein kann, pflichtlose Beamte durch kirchliche Censuren der Gehaltsgefahr bedrohen zu lassen, und ob dadurch der Stellung der Beamten genügt werden kann.

Nun komme ich zu dem wichtigsten Punkt der Vorlage, der sich auf die Zulassung der Orden bezieht. Wenn behauptet wird, daß die Orden eine notwendige Institution der katholischen Kirche seien und von Alters her beständen, so stelle ich das bestimmt in Abrede. Die Orden sind erst im achten Jahrhundert gegründet worden. Wenn man verlangt, daß das katholische Gefühl gesichert werden müsse, so ist es andererseits auch erforderlich, daß das protestantische Gefühl gesichert wird. Weil sie vom katholischen Standpunkt notwendig sind, deshalb brauchen sie noch nicht vom protestantischen anerkannt werden. Es ist ja nicht zu leugnen, daß seit der Reformation das Ordenswesen, die Mönchs- und Nonnenklöster von den Protestanten viel mit großem Mißtrauen beobachtet werden. Diese Abneigung der Protestanten gegen die Mönchs- und Nonnenklöster ist tief begründet und beruht auf tiefsten Momenten als auf einem bloßen konfessionellen Streit. Bedenken Sie, wie wenig Einrichtungen dieser Art dem ganzen Wesen des Staates entsprechen. Die Abhängigkeit der Orden von dem Theil ausländischen Oberen ist ein wesentlicher Grund, der mich gegen ihre Zulassung sprechen läßt. Ferner verweise ich auf die Vorkommnisse, die in Belgien in den Klöstern vorgekommen sind, und auf die Mißhandlung, die dadurch hervorgerufen sind. Herr Bischof Kopp hat den Einfluß der Propaganda bestritten. Es handelt sich dabei zum Theil um Einwirkungen, die sich dem Auge des Gesetzes entziehen. Die Propaganda der Orden und ordensähnlichen Kongregationen ist eine große Gefahr. Nun sagt die Regierungsvorlage, die Zulassung der Orden und ordensähnlichen Kongregationen solle nur durch Beschluß der Staatsregierung festgesetzt werden. Herr D. Kopp will in seinem Antrage sich selbsthin alle diese Orden zugelassen haben und will dann die Entscheidung in einzelnen Fragen der Niederlassung in die Hand der Staatsregierung legen. Sa, ist damit auch geboten? Durch ihre wilde Durchführung sind zahlreiche Gesetze obsolet geworden und die frumme Beamtenschaft hat nachgelassen. Das der Staatsministerialbeschlusse ein wesentlicher Stützpunkt für die Orden sein wird, glaube ich nicht. Auch die politische Wirkung der Orden in einigen Gegenden hat Mißbilligung erregt. Von der allgemeinen Mißbilligung gegen die Orden zeugt auch die Stiftung des evangelischen Bundes.

Das sind die Hauptbedenken, die wir gegen die Vorlage haben. Auch die Resolution der Kommission bezüglich einer weiteren Revision der Kirchengesetze muß ich für ganz verfehlt halten. Wenn wir auch den Frieden wünschen, so wollen wir nicht nur einen dauerhaften, sondern auch einen ruhmvollen Frieden; nur dieser kann das deutsche Volk beruhigen. Ich bitte Sie, sich über den Frieden, der durch diese Vorlage erreicht werden soll, keine Illusionen zu machen. Wie uns die Wahlen gelegentlich des Septennats wieder gezeigt haben, halten sich die Geistlichen nicht fern von der politischen Agitation. Bezüglich der Angelegenheit muß ich schließlich noch bedauern, daß dieselbe durch die Anstellung von Hülfsgeistlichen unangenehm wird. Wenn wir die Anträge des Herrn Bischof Kopp annehmen, werden wir den Frieden nicht erreichen, es wird vielmehr nur eine neue Periode des Kampfes entstehen. (Beifall.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Es ist nicht meine Absicht, in die Spezialdebatte der Gesetzentwürfe einzutreten. Ich beziehe deshalb die Gelegenheit, um auf einige Uebergriffe in die Spezialdebatte zu antworten, die der Redner bei der jetzigen Generalbesprechung gemacht hat. Meine Stellung zur Sache ist ja eine wesentliche andere wie die des Redners. Ich kann weder eine konfessionelle Stellung noch eine vom Protestantismus diktierte noch eine kirchliche an Sache einnehmen. Meine Stellung ist eine rein politische. Ich wünsche mit der Kurie Frieden zu schließen gerade so wie mit jeder auswärtigen Macht, im Interesse unseres Landes. Ich sehe der Sache, wenn Sie wollen, opportunistisch gegenüber, der Redner theoretisch. Ich habe mehr wie einen Frieden in meinem Leben abgegeschlossen. Es ist dabei vielleicht nie oder doch sehr selten der Fall gewesen, daß Jedermann voll und ganz befriedigt worden ist. Namentlich glaube ich nicht, daß es mir jemals gelungen ist, das volle Einverständnis des Redners zu finden (Heiterkeit). Er urtheilt nach seiner Stellung und seinem Temperament, und ich bin seit 25 Jahren recht oft unter sein Secreressier gerathen und Gegenstand seiner Kritik gewesen, aber vollen Beifalls hat sich noch keine Handlung in meinem Leben von seiner Seite erlebt. Ich möchte deshalb auch hierbei darauf gefaßt sein. Ich finde in meinen Friedensunterhandlungen in dieser Sache außerordentlich viel Analogie mit den österreichischen vom Jahre 1866. Da wurde auch von den geringen Resultaten geredet, die ich Österreich gegen-

über erreicht hätte. Ich habe mich bei Abschluß dieses Friedens allein auf meine eigenen Entschlüssen verlassen müssen. Es gab ziemlich weit verbreitete Kreise, in denen man mich mit Quersperren auf eine Stufe stellte. Der Redner hat einen ehrlichen und dauernden Frieden verlangt. Jemand anderen mit einem ehrenvollen Frieden habe ich noch nie unterzeichnet oder unterhandelt. (Beifall.) Hier bin ich für mein Verhalten mein eigener Richter. Was aber die Dauer anlangt, so mache ich den Redner, der doch hier eine ebenso lange Erfahrung besitzt wie ich, darauf aufmerksam, daß nichts in der Welt dauernd ist, weder Friede noch Krieg, noch Gesehe, sie kommen und gehen, sie wechseln. Tempora mutantur et nos mutamur in illis! Wie lange der Friede oder der Krieg zum Frieden, die Annäherung zum Frieden mit der römischen Kurie, die wir heute erstreben, dauert, wenn sie geliebt, wie lange sie wirkt, das kann ich unmöglich voraussagen. Wir müssen eben die Gegenwart im Auge behalten und das, was wir zunächst Günstiges und Zufriedenstellendes erkennen können, das nehmen wir an. Ob es dauert, das steht bei Gott. Also für die Dauer übernehme ich keine Verantwortung.

Der Redner hat dann bei der Frage der Zulassung der Orden sich namentlich auf das protestantische Gefühl bezieht, das dem widerspricht, und auf die Abneigung, den unangenehmen Eindruck, den sie machen. Er hat gesagt, die Orden sind den Protestanten verhaßt. Darauf kommt es gar nicht an! Es kommt darauf an, ob irgend einem Einzelnen ein Orden in seinem Innern unangenehm oder ärgerlich ist. Es kommt darauf an, den Frieden der Gesamtheit der Nation in ihrem Innern und den Frieden des Staates herzustellen. Ich kann mir auch gar nicht denken, daß die Mehrzahl meiner Landsleute denken, daß die Angelegenheit eine so große Angelegenheit sei, daß der Blick einer schwarzen Kutte ihnen so reizbar sein sollte, daß der Blick einer schwarzen Kutte ihnen so reizbar sein sollte, daß sie Gesehe erregen sollte. Es giebt dergleichen, aber hierauf können wir in der Gesetzgebung keine Rücksicht nehmen. Es kommt vor allem darauf an, ob unsere katholischen Landsleute glauben, ohne Zulassung der Ordensgeistlichen nicht mit uns in Frieden leben zu können oder nicht. Wenn sie wirklich ohne Zulassung dieser Ordensgeistlichen nicht mit uns in Frieden leben zu können glauben, dann kann ich ihnen von meinem evangelischen Standpunkt Unrecht geben, aber es wird mir nicht einfallen, in der Ausdehnung des Redners in eine Kritik der Frage einzutreten, ob es überhaupt vernünftig ist, daß es Mönche und Nonnen giebt oder nicht. Das muß jeder mit seinem Gewissen abwägen, und solche Gravamina der Verdrüsslichkeit von einzelnen Landsleuten, denen schwer etwas recht zu machen ist, abzuschaffen, dazu dient unsere Gesetzgebung und Politik überhaupt nicht. (Beifall.) Für uns genügt es zu wissen, daß man von katholischer Seite daran hängt.

Auch in Bezug auf einen anderen Punkt hat der Redner gefragt: Warum sollen wir das aufgeben? Es war dies ein Punkt, der für uns ganz ohne Wichtigkeit ist, nämlich die geistliche Strafbarkeit. Ob ein katholischer Geistlicher strenger oder gelinder behandelt wird, ist für den Staat gleichgültig. Er ist aus freiem Entschlusse geistlicher geworden, es gleichgültig, was ihm bevorsteht und braucht sich nachher nicht zu beklagen. Der Staat kann nicht einmal in das viel mehr zu Tage liegende Verhältniß zwischen Lehren und Kindern eingreifen. Da wird auch oft das Zuchtungsrecht überschritten, ohne daß der Staat dagegen Schutz gewahren kann. Wer die Disziplin der katholischen Geistlichkeit nicht verteidigen findet, der soll nicht Geistlicher werden, ebenso wie der, der die militärische Disziplin nicht verteidigt, es vermeiden soll, Soldat zu werden.

Ähnliche Anschauungen hat der Redner in Bezug auf die Priestererziehung gemacht. Er legt dieser Seite der Sache einen Werth bei, den ich für übertrieben halten muß. Den der Gesetzgebung zu Grunde liegenden Gedanken, durch die Priestererziehung auf das künftige Verhalten der Priester gegen die Asten, auf Toleranz gegen Andersgläubige einwirken zu wollen, hatte ich für einen ganz verfehlten. Das hängt von der Erziehung gar nicht ab in dem Maße, wie von der Stimmung der Vorgesetzten und, ich möchte sagen, der ganzen Witterung, die in Bezug auf diese Dinge in der Zeit herrscht, wo einer lebt, und wir können in der Erziehung eines Priesters, mag sie noch so freisinnig und weitgehend sein, keine Garantie dafür finden, daß er später nicht staatsfeindlich auftritt und gerade die besten Waffen, mit denen er durch die kirchliche Erziehung ausgerüstet ist, gegen den Staat vernichtet. Dies letztere zu fördern, ist unsere Aufgabe nicht. Ich kann hier aus meiner Erfahrung aus den jüngsten Tagen nicht verschweigen, daß unsere schärfsten und bittersten Gegner Zöglinge der Universitäten und nicht der Seminare gewesen sind. Ich will einzelne nicht nennen, die sich dadurch besonders auszeichnen, aber es hat dies genügt, um den Beweis zu liefern, daß die Ausbildung zum Universitätsstudium kein sicheres Mittel ist. Das Studium im Seminar bei einem friedliebenden, wohlwollenden und beherzigten Bischof ist mir lieber als das Studium an der Universität, wo Niemand für die Erziehung verantwortlich ist als die Einsprüche, die unbemerkt und unkontrolliert an die Studenten sich herannahen. Darum lege ich auf die Seminarfrage so viel Werth nicht, und eben so steht es nach meiner Meinung mit der Angelegenheit. Ich schreibe hier mein Urtheil mehr aus dem Leben wie aus der Theorie. Wir haben es erlebt, daß gerade die Geistlichen, die seit längerer Zeit zu keinen Beschwerden Anlaß gaben, von dem Augenblicke ihrer Anstellung an die schärfsten Gegner und die unbekannten Bischöfe für uns geworden sind. Ich erinnere an jemand, der jetzt nicht mehr lebt — der verstorbene Fürstbischof von Breslau hatte 15 Jahre unter den Augen aller Behörden amtiert. Es wird wohl sehr selten vorkommen, daß man einen Priester so genau kennen lernt, wie diesen, und doch hat die Regierung über wenig Bräuter so viele Klagen gehabt, wie gerade über diesen Herrn, unter dessen Leitung in Schkeßin sich Zustände entwickelt haben, die früher dort durchaus fremd und unnatürlich gewesen wären. Das zeigt nur, daß man den Werth der Angelegenheit leicht überschätzen kann. Man stellt in dem angestellten Priester doch nicht dra, und mit Wapst und Kirche eine Art Weltlauf in Beurlaubung der Priester anzustellen, hatte ich für ein verfehltes Unternehmen. Dann werden wir doch dieselbe Einwirkung niemals erreichen können. Sobald der Geistliche angestellter Priester ist, wird er seinem Oberen gehorchen oder sonst seine Stellung ruiniren, wie beispielsweise ein Offizier, wenn er auch mit einem Kriege, der geführt wird, nicht einverstanden ist, doch in seiner Stellung alles das ausführen wird, womit er von seinem Vorgesetzten beauftragt wurde. Selbst wenn ein Geistlicher vorher ein sehr wohlgesinnter gewesen ist, wird er es auf die Dauer nicht mehr sein, wenn sein Vorgesetzter und die ganze Temperatur, die in kirchlichen Kreisen gerade herrscht, auf ihn einwirken. Ich habe nach meinen Erfahrungen nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Angelegenheit dem Staate die Würstchen gewährt, die man davon erwartet, so daß es deshalb nicht der Mühe lohne, mit Schärfe zu kämpfen für eine größere oder geringere Ausdehnung derselben. Wenn ich meine Privatmeinung ausdrücken sollte und rein als Mitglied des Hauses mich zu dieser Frage äußerte, so würde ich nach der ganzen Angelegenheit nicht fragen, aber ich kann meiner Privatmeinung keine Geltung verschaffen; ich spreche im Namen der Regierung und der ihr bestreuten Elemente im Lande, von denen die Regierung ihre Unterstützung bezieht und auch in Zukunft beziehen muß. Ich habe deshalb kein Recht, meiner Privatmeinung Ausdruck zu geben. Was meines Amtes nicht ist, da lag meine Pflicht!

Ich komme nun zu der Behauptung des Redners, daß der Staat mit dieser Vorlage wesentliche Hoheitsrechte opfere. Da erinnere ich daran, daß vor der Maßgebung von diesen Hoheitsrechten gar keine Rede war. Da bejahen wir die Hoheitsrechte gar nicht und auch noch viele andere nicht, die wir jetzt haben, und damals waren wir durch die Verfassung selbst in der Staatshoheit eingeschränkt in einer Weise, wie sie jetzt zu Tage nicht mehr besteht. Darum glaube ich, daß Niemand ein Recht hat, daran zu zweifeln, daß der preussische Staat seine Hoheit und Würde auch ohne die Maßgabe vollständig gewahrt haben würde. Es gab früher allerdings Einschränkungen der römischen Kirche, die in der That eine Beschränkung der Hoheitsrechte des Staates und des Königs waren. Ich erwähne hier aber die katholische Abtheilung und andere. Trotzdem hat der preussische Staat seine wesentlichen Hoheitsrechte niemals preisgegeben, obgleich wir mit solchen Oppo-

ihnen, will ich mal sagen, belastet waren. Ein jedes Gesetz, kann man sagen, in einem konstitutionellen Staat ist ein Bericht auf die Staatsbedürfnisse des Staates, indem es den Staat immer in geistiger Beziehung bindet.

Ich will hier etwas nachhaken, was ich bei der Erwähnung der oben überlieferten habe. Da hatte der Vorredner einen Grund seines Widerstandes aus der Abhängigkeit der Orden von ausländischen Obergewalt. Nun, das kann ja unter Umständen unbearbeitet sein, aber meiner Überzeugung nach ist die Abhängigkeit von unseren inländischen Obergewalt nicht viel unbedeutender, und es gibt eine ganze Anzahl von Fraktionen, die ich gern hingehen würde, um dafür die Orden einzutauschen (Heiterkeit), Fraktionen, bei denen das System des unbefristeten Kadavergehorsams und des sacrosanctum intellectus viel ausgebildeter ist, als bei diesen Klosterorden.

Was meine politische Stellung zu der Gesamtverlage betrifft, so kann ich darüber und auch über den Weg, auf dem ich dazu gekommen bin, nicht besser Klarheit geben, als wenn ich mit der Verlesung einer Erklärung beginne, die ich in der Zeit geklaut habe, wo die Wege des Kulturkampfes gerade am höchsten gingen, im Frühjahr 1875, aus welcher unüberwindlich hervorgeht, daß ich schon damals diese ganze Verlesung lediglich als Kampfschreiberei betrachtete und als Waffe, um den Frieden zu erkämpfen. Meine Ausführungen bezogen sich auf ältere Friedensverhandlungen, die bereits im Jahre 1871 angeknüpft wurden, also zu einer Zeit, wo der Staat noch gar nicht an den Kampf dachte, wo wir aber doch bereits die Gefahren vorahnsahen, die sich aus der Bildung einer konfessionellen Fraktion auf politischem Gebiet für den künftigen Frieden ergeben könnten. Damals verhandelte ich mit dem Kardinal Antonelli und dieser mißbilligte entschieden das Verhalten des Centrums. Ich erhielt damals folgende Mitteilung: „Kardinal Antonelli erklärte mir, daß er die Haltung der katholischen, der sogenannten Centrumsfraktion, im Reichstag als tadellos und unzeitgemäß mißbilligte und beklagte.“ Wenn nachher Kardinal Antonelli weniger unangenehm über das Centrum urteilte, so lag dies daran, daß inzwischen ein süddeutscher Ständeherr als Abgeordneter des Centrums in Rom gewesen war. 1875 bezog ich mich auf die vorher mitgetheilten Thatsachen. Ich sagte: „Unser diplomatischer Verkehr mit der römischen Kurie beschränkte sich bisher auf den zwar geistlichen, aber leider einflussreichen Kardinal Antonelli, in dessen Beweise ich die Hoffnung, daß der päpstliche Stuhl seinen Einfluß auf das Centrum in einem und geeigneten Sinne geltend machen werde. Es giebt in der Geschichte kirchliche und friedliche Päpste, und so hoffe ich denn, daß demnächst die Reihe wieder auf einen friedlichen Papst kommen wird, der bereit ist, auch mit uns Frieden zu schließen.“ Im Jahre 1878, wo der jetzt regierende Papst sein Amt antrat, ließ es sich sehr bald merken, daß der Herr Neigung hatte, den Streit auf der Welt zu schaffen und als eine seiner Hauptaufgaben die Vertreibung des kaiserlichen Friedens betrachte. Ich habe in Folge dessen schon damals ein Programm vertreten in unseren Vorberathungen zur Gesetzgebung, welches ziemlich genau übereinstimmt mit der Gesamtheit dessen, was seitdem an Konventionen unterzeichnet worden ist, mit Einschluß dessen, was mir heute bevorsteht. Es wird dazu dienen, die irrtümliche Auffassung von einem allmächtigen Minister zu korrigieren, wenn ich sage, daß ich fast zehn Jahre gebraucht habe, um dieses Programm allmählich der Aufmerksamkeit näher zu bringen, und notwendig so lange Zeit gebrauchen mußte, wenn ich nicht Eilen und Gefahren für die ganze Stellung der Regierung herbeiführen wollte. Wir haben die Notwendigkeit, nicht nur unter uns und zu verständigen, sondern auch in Fühlung zu bleiben mit denjenigen Elementen im Lande, auf deren Unterstützung wir zählen, kurz ich habe seitdem stets dasselbe Ziel verfolgt, für das ich heute eintrete: den Frieden mit Rom, mit dem Papst. Das dieser schon jetzt ein Bedürfnis, darüber sein wird, dafür bin ich nicht verantwortlich, aber selbst ein prophetischer, wenn er auch nicht geboten werden sollte, ist mir immer lieber, als gar keiner; und sollten die Herren finden, daß die Zustände nach dem Frieden ganz unerträglich sind und daß es dabei sich nicht leben läßt, dann steht ja nichts im Wege, daß dieselben Kräfte, welche früher die Mächte zu Stande gebracht haben, neue Gesetze machen. Ich habe es nun schwieriger gefunden, zum Frieden zu gelangen, als ich es mir anfänglich denken konnte. Ich hatte in der Zwischenzeit andere Gesetze, als die inneren Angelegenheiten, zu besorgen, und ich fand nun, daß die Verbitterung im hohen Grade gestiegen war, beeinflusst durch parlamentarische Kämpfe, durch die sich freigegebenen Fraktionsinteressen in Bündnissen und Gegenbündnissen und durch den Verfall der, in den sich der Deutsche mit Vorliebe verliert und der auf beiden Seiten sehr lebhaft vorhanden und ganz erklärlich war durch die Hitze und die Dauer des Gefechtes, das durch die Vergiftung der eigentlichen Ursprungsgründe nur um so heftiger geworden war. Die Centrumsfraktion hörte eben auf, eine rein konfessionelle zu sein, und fand es einwilligen nützlich, eine antichristliche zu sein unter Zuhilfenahme sämtlicher Elemente, die bereit waren, den Staat zu bekämpfen, zunächst der weltlichen, welche die 1866 geschlossenen Zustände negieren und denen jetzt ein weltlicher Teil an der Führung der Fraktion zupiel, dann der politischen und französischen Parteien. Dazu kam die Unterstützung durch die sozialdemokratischen Elemente, welche jeder Regierungsform feindlich, und zuletzt schließlich auch durch die Fortschrittspartei, die sich dem Centrum anschloß, weil der Vorwurf gegen die Regierung größer war, als ihre Abneigung gegen die lateinische Kirche. So entstand denn die regierungsfeindliche Majorität, und im weiteren Verlaufe des Kampfes eine große Verbitterung auf beiden Seiten. Bei der Entstehung des Centrums war der Staat noch nicht so schwer beunruhigt. Ich möchte sagen, daß früher mehr die Absicht vorzuliegen schien, die deutsche Reichsverfassung zu benutzen, um der katholischen Kirche in außerordentlichen Fällen eine bessere Stellung, ähnlich wie in Preußen, zu verschaffen. Kurz, man war weit davon entfernt, die Reichsregierung als ein feindliches Element zu behandeln. Schließlich traten dem Centrum Elemente bei, welche nicht bloß den Interessen der Kirche dienten, sondern eine besondere Abneigung gegen die Reichsregierung oder gegen einzelne Personen derselben hegten. Beispielsweise war mein früherer Freund Herr v. Sotgiun einer der thätigsten Werkzeuge zur Herstellung des Centrums. Ich fragte mich nun stets, was braucht demgegenüber der Staat, um seine Position aufrecht zu erhalten? Ich sagte mir, wir müßten Alles aufgeben, was nicht absolut nötig ist. Zu diesen absoluten Bedürfnissen konnte ich eine Anzahl Einrichtungen, wie z. B. die Priestererziehung, den Anschluß der Orden u. s. w., nicht rechnen. Man darf hier nicht fragen, was ist wünschenswert, was verdrängt uns zu der ganzen Sache, was hätten wir anders gewünscht? Sondern das es sich um die Ausöhnung zwischen zwei großen Brüdern des preussischen Volkes handelt, müssen wir unseren katholischen Brüdern hingeben, was uns entbehrlich ist. (Beifall.) Diese Stellung nehme ich nicht ein lediglich aus Toleranz, sondern sie drängt sich mir mehr als politische Pflicht auf. Ich habe das Bedürfnis, die gemäßigten Katholiken aufzufinden zu stellen, und dann glaube ich den Wünschen derselben nachzutreten zu müssen, auch wenn es der Vorredner nicht einsehen will. (Heiterkeit.) Es lag mir daran, eine Prophezeie für die Zukunft, für die Befestigung der Einheit unserer Nation zu schaffen im Hinblick auf die Gefahren, denen sie ausgesetzt sein wird in nicht zu langer Zeit, und im Hinblick auf die Verfassungen zu centralisierenden Bestrebungen. Die Frage, ob wir einig sind oder nicht, ist gar keine absolut auf das Innere beschränkt, sie wirkt auch auf unsere äußeren Beziehungen, so daß z. B. unser Verhältnis zu Österreich ein besseres ist, wenn wir mit kein konfessioneller Streit existiert. Das, glaube ich, liegt sehr nahe. Zur Zeit, der die europäische Lage kennt, genügt diese Andeutung. Ich suche den Frieden mit der Kurie nicht verdrängen, sondern um meine Pflicht zu erfüllen, die mich verantwortlich macht für die gesamte Politik des Landes meinem Herrn gegenüber. Seit dem Jahre 1878 sind wir nur mit der römischen Kurie in Korrespondenz getreten, um den Frieden herbeizuführen. In unserer direkten Korrespondenz mit dem Papst sind wir schließlich der Friedensstimmung so weit nahe gekommen, daß wenigstens unmittelbare Feindschaft von keiner Seite mehr gemacht werden. Verdrängt ist allerdings der Grund, daß ich keine Verzögerung dafür gewähren kann, daß der Friede mit der

Kurie und auch den Frieden im Lande garantiert. Das haben die jüngsten Vorgänge gezeigt. Die Führer des Centrums haben ja den Frieden zwischen uns und dem Papst von annehmbar und ungenügend bezeichnet nach dem Rezept: „Entweder alles, oder gar nichts!“ Wir sehen also, daß wir von Seiten des Centrums und dessen Wählern zur Zeit auf keine friedlichen Beziehungen rechnen können. Man kann mir einwenden: was nützt uns der Friede mit dem Papste, wenn Windthorst mit seinen Gefolgsleuten den Kampf auf einem anderen Gebiete, auf dem der Staat, wieder aufnimmt. Wenn ich mir nun einen Kampfplatz vorstelle, wo auf der einen Seite der friedliebende und für das deutsche Reich mit Wohlwollen erfüllte Papst Leo XIII. steht und auf der anderen Seite das Centrum und eine Anzahl mehr oder weniger demokratischer Geistlicher, so ist mir der Sieg des Papstes über kurz oder lang unabweisbar. (Beifall.) Es ist absolut notwendig, daß, wenn erst die Koalition zwischen der Wahrheit, die von oben kommt, und der misera contrabandus plebs zu Stande gekommen ist und allmählich durchgreift, die wahren Mächte dahinter kommen, daß sie über die Wünsche des Papstes und dessen Ansichten wissenschaftlich geklärt oder sorgfältig im Dunkel gehalten werden, dann wird der Papst in diesem Kampfe Sieger bleiben, und Autorität und Ordnung werden dadurch gestiftet werden. (Beifall.) Ich habe bei einer anderen Gelegenheit die Fortschrittspartei als eine gute Fortschrittspartei für die Sozialdemokratie bezeichnet, aber wenn die Fortschrittspartei die Mittel der radikalen Agitation ganz abgesehen von der Kampfpresse, in die Hände bekommt, dann wird sie viel eher zu Tage treten. Der radikale Fortschritt und die geistliche Demokratie untergraben jegliche Autorität, die staatliche wie die päpstliche, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. In das Vakuum, welches dann eintritt nach Beilegung jeglicher Autorität mag teilweise die priesterliche Autorität eintreten, zum großen Theile wird der Sozialdemokrat an Stelle der Autorität eintreten, an welche der Glaube geschwunden ist. (Zustimmung.) Die subversiven Tendenzen dieser demokratischen Geistlichen richten sich sowohl gegen Papst wie Kaiser. Beide haben daher ein gleiches Interesse, gegen dieses Anarchie und Unsturz verbreitenden Treiben gleichmäßig vorzugehen. (Beifall.) Von dieser Überzeugung war ich geleitet, als ich mit dem jetzigen friedlichen, weisen und mit hoher politischer Einsicht begabten Papst ein Verständnis suchte. Ich weiß, daß viele meiner politischen Freunde hier mit nicht folgen, aber ich stehe für diese meine Überzeugung mit meinem politischen Ruf ein. Ich bin oft schon in der Lage gewesen, daß ich keinen anderen Rathgeber hatte, als mich selbst. Der Druck der Fraktion Windthorst beruht zum wesentlichen Theile auf dem Gewicht der politischen Satzungen der „Nonkalender“ (Heiterkeit) und auf dem Bündnis mit der Fortschrittspartei. Nachdem letztere an Zahl abgenommen hat, schwand auch die bisherige Stellung des Abgeordneten Windthorst. Jetzt ist der Druck der früheren Majorität von der Staatsregierung genommen, aber wir können doch nicht wissen, ob dies immer der Fall sein wird und nicht in 3 Jahren, bei der Beilegung des Konflikts zu betrachten (Zustimmung), die Sache anders kommen wird. Bei dieser ganzen Wahlmaschine, wie sie arbeitet, wer bürgt uns dafür, daß die nächsten Wahlen nicht ein ganz anderes Ergebnis haben. Wir können darauf absolut keine Häuser bauen, und ich kann daraus, daß inzwischen die Reichstagsmajorität eine regierungsfeindliche geworden ist, keinen Grund entnehmen, von dem abzusehen, wenigstens für meine Person, was ich dem Papste zur Zeit der regierungsfeindlichen Majorität kühn gesagt habe. (Beifall.) Ich werde deshalb ja vornehmlich im anderen Hause meinen Tadel ausdrücken haben, ich hoffe aber, daß das eben nicht tiefer trifft, als zur Befriedigung des Bedürfnisses einer überzeugten Minorität nötig ist. Als wir das Vatikanum kommen haben, da vertrauten wir darauf, daß unser deutscher Episkopat bei päpstlichen Liebesgriffen die Rechte unseres Staates vertreten würde. Diese Hoffnung hat sich leider nicht verwirklicht. Wir sind jetzt in der umgekehrten Lage, daß wir die Hilfe des Papstes in dem Augenblick brauchen, der Landmann läßt uns im Stich. Es ist dies die alte historische betrübende Wahrheit, daß die deutschen Völkchen auf sich an einander ausschlagen. Wenn der unerschütterliche deutsche Landmann — ich will nicht sagen, wen ich dazu rechne — (Heiterkeit) einen ihm theuer gewordenen Fohn und Streit hingehen soll, so wird ihm die Lebensfreude verdorben. Der Streit mit dem Landmann ist ja ein nationaler Sport. Deshalb weiß ich nicht, ob wir durch den Frieden mit Rom schließlich auch zu dem Frieden mit dem Centrum kommen, aber wenn wir den Frieden mit Rom entweder vollständig haben, oder soweit, daß wir von beiden Seiten den uns trennenden Raum übersehen können, als etwas weniger ins Gewicht fallendes, dann haben wir den Kampf mit dem Centrum und den Wahlen nicht mehr zu fürchten. Ich fürchte ihn überhaupt nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube, dann wird dieser Kampf ausbrechen, wie die Hochfluth nach einem Gewitter. Alle erbaren und friedlichen Völkchen werden sich allmählich zurückziehen. Wenn Papst und Kaiser einig sind, so wie sie es heute in der Hauptsache sind, dann werden wir diesen Kampf mit Ruhe aufnehmen können. Um dazu zu gelangen, möchte ich Sie bitten, die Vorlage und auch die Amendements, die der Herr Kultusminister beibringt, zu genehmigen. (Beifall.)

Dr. Bessler (persönlich): Der Herr Reichsfürst hat wohl keinen größeren Bewunderer für seine politischen Thaten als mich, andererseits muß ich mir dem Gegenstand gegenüber, der uns heute beschäftigt, mein freies Urtheil vorbehalten.

Graf von Franckenberg tritt für die Vorlage ein, durch welche hoffentlich im dauernden Frieden hergestellt werde. Dieses konnte nur dann erreicht werden, wenn von katholischer wie von protestantischer Seite ein Entgegenkommen gezeigt werde. Die katholischen Mitglieder der Kommission seien der Vorlage auch mit vollkommenem Vertrauen gegenüber getreten, während andererseits die Vorlage Gegner gefunden habe, wo man sie am wenigsten gesucht habe: unter den Katholiken selbst. Redner wendet sich dann gegen die vom Abg. Windthorst veröffentlichte Denkschrift. Gerade der Haltung des Centrums gegenüber bitte er um einstimmige Annahme der Vorlage. Er könne nicht umhin, als Katholik dem Kaiser und dem Reichspräsidenten seinen tiefsten Dank dafür auszusprechen, daß es gelungen sei, die Freundlichkeit herzustellen, wie sie jetzt zwischen Deutschland und dem Papst vorhanden sei. In ihrer ganzen Tragweite könne diese heute noch gar nicht begriffen werden, aber voraussichtlich werde sie von Europa, wie für die ganze Welt von unendlichem Segen sein. Der Friede nach außen sei für jetzt gesichert, jetzt stehe das Herrenhaus vor einer Vorlage, durch welche der innere Friede wieder hergestellt und der Mißgehalt werden solle, welcher zwischen der protestantischen und katholischen Konfession vorhanden sei. Deshalb bitte er, zur Kräftigung Deutschlands dadurch beizutragen, daß man die Vorlage annehme.

Erzmann: Hätten wir die Gewissheit, daß durch Annahme der Vorlage ein dauernder Friede geschaffen wird, so würde Maucher von uns derselben anders gegenüber stehen, als wir es jetzt können. Gerade die vorjährige Vorlage wurde vorzugsweise von diesem Gesichtspunkte aus befürwortet, daß durch die Vorlage der dauernde Friede, wenn auch nicht geschaffen, so doch in höhere Aussicht gestellt sei. Ich habe damals diese Hoffnung nicht theilen können und gegen die Vorlage gestimmt. Trotzdem erkenne ich an, daß die Regierung, welche damals dem Papste gegenüber gewisse Verpflichtungen übernahm, in der Revision der Vorlage fortzuführen, verpflichtet ist, und jetzt eine Vorlage zu machen. Ich werde es nicht ablehnen, mich an diesem Werke zu betheiligen, aber ich muß mir allerdings vorbehalten, jede Bestimmung zu prüfen von dem Standpunkt des Vertreters aus, welcher an der Gesetzgebung mitzuwirken hat. Ich gebe zu, daß, wenn man die Aussicht haben würde, einen dauernden Frieden zu bekommen, man über alle die Bestimmungen heute anders denken könnte, als wir es müssen, die wir diese weitgehende Hoffnung nicht theilen. Der Ministerpräsident hat ja vorzugsweise auf den Frieden mit der römischen Kurie hingewiesen, dann aber hervorgehoben, daß dieser Friede für unsere unmittelbaren Verhältnisse nur dann einen Werth habe, wenn wir auch den Frieden mit unserer katholischen Bevölkerung erhalten. Ich habe damals meine Bedenken nach zwei Richtungen hin geltend gemacht, erstens bezüglich der Angelegenheit und zweitens bezüglich der Frage, worin die nächste Revision bestehen solle. Ueber unsere Forderungen, welche wir im vorigen Jahre an die Vorlage knüpften, haben wir uns gründlich geklärt. Ueber die

Angelegenheit entstand im vorigen Jahre sofort ein heftiger Streit und es ist nur von einer Anzahl von Bischöfen diese Angelegenheit in dem Sinne ausgelegt worden, wie es der Papst und auch wir gemeint hätten; aber ein anderer Theil der Bischöfe hat ein ganz anderes Verfahren eingeschlagen. Dann ist hervorgehoben das Vorgehen einer Reihe von Bischöfen in Betreff der Suffraganpäpste. Im Jahre 1874 hatte man von Rom eine Erklärung ausgewirkt, daß diese Suffraganpäpste nicht als anverwandte zu betrachten seien. Im Jahre 1886 aber hat man seine Ansicht gewechselt und diese Päpste als anverwandte erklärt, um dem Staat nicht sein Recht zu Theil werden zu lassen. Ich glaube, dieses Verfahren kann nicht scharf genug verurtheilt werden. Wenn wir es nur mit Herrn Bischof Kopp und mit dem Papste zu thun hätten, so könnten wir uns über dieses hinwegsetzen. Ich bin vollständig von der Friedensliebe des Papstes überzeugt. Aber wie weit ist der Weg vom Papst zu uns? Herr Bischof Kopp hat dem Hause ein Lob zu Theil werden lassen für das Verdienst, welches es sich erworben habe, während die „Germania“ meinte, das, was hier geboten werde, sei nichts Besonderes. Der Ministerpräsident meint: ich habe es mit dem Papst zu thun; aber ich meine, wir haben es mit der katholischen Bevölkerung zu thun. Ich erinnere an die Haltung des Centrums dem Papst gegenüber in der Separatensatzung. In wie feindlicher Weise hat man sich bei dieser Gelegenheit dem Papste gegenüber geäußert. Das gehört auch dazu, um ein Urtheil fällen zu können, wenn wir uns die Frage vorlegen: Hat man in Rom denn einen Einfluß, um uns den Frieden zu sichern? Auch die Befürchtungen, welche ich im vorigen Jahre in Bezug auf die Frage geäußert habe, wie die weitere Revision nach der Auffassung der Kurie und nach der Auffassung der Regierung aussehen solle, sind im höchsten Maße getroffen. Damals meinte man, daß und noch wenig zurückbleiben würde für eine Revision. Aber wenn wir uns die diesmalige Vorlage vor Augen stellen, so wäre es wohl eine kühne Behauptung, wenn man sagte, es handle sich um Kleinigkeiten. Ich meine, es handelt sich um äußerst wichtige Punkte. Ich nehme an — und Bischof Kopp hat das bestätigt — daß die Vorlage eine Verständigung zwischen der Regierung und dem heiligen Stuhle darstelle. Nun sollte man meinen, daß, nachdem das geschehen ist, nun auch wirklich ein ernsthafter Wille des heiligen Stuhles vorhanden ist. Was haben wir nun erlebt? In der Kommission sind von Herrn Kopp eine Reihe von äußerst weitgehenden Äußerungen gethoben worden, von denen er zugegeben hat, daß ein großer Theil im Einklang mit dem heiligen Stuhle entstanden seien. Das zeigt doch von einer eigenthümlichen Auffassung der Verständigung mit der Regierung. Wenn die Anträge nicht aus der Initiative der Kurie hervorgegangen sind, so können sie nur hervorgegangen sein aus den Überlegungen der Presse, der Bischöfe u. s. w. Dann muß ich aber sagen, daß ich dieses Verfahren der Kurie nicht billigen kann. Es ist zu fürchten, daß auch nach Annahme einer neuen Vorlage sich ein großes Gezeir erheben wird, die Vorlage sei ungenügend, und im nächsten Jahre werden neue Anforderungen gestellt. Wenn der Ministerpräsident gesagt hat, man müsse der katholischen Bevölkerung das geben, was sie für notwendig halte, so werden wir allerdings, wenn es darauf ankommt, unsere Stellung als Vertreter des Staatsgedankens nicht sehr richtig aufstellen. — Dann vermisse ich eine ganz bestimmte Erklärung darüber, ob denn nun die künftigen Amendements oder die Vorlage in der Fassung des Kommissionsbeschlusses als genügend angesehen werden. Das Centrum im Abgeordnetenhaus wird ja schließlich die Vorlage annehmen, aber wird der Frieden kommen oder wird der Kampf nicht von neuem ansetzen und um die Schule oder um Verfassungsparagrafen beginnen? Nun schlägt die Kommission sogar eine Resolution vor, wonach die Regierung aufgefordert wird, zu erwägen, ob nicht im nächsten Jahre noch eine weitere Revision vorgenommen werden könne. Ist das die Grundlage für einen dauernden Frieden? Ich glaube, dieser Weg führt nicht zum Frieden. In der Spezialdiskussion wird es sich darum handeln zu fragen, wenn man die Hoffnung nicht hat, daß durch die gegenwärtige Vorlage ein dauernder Friede hergestellt wird, welche Bestimmungen wir entwerfen können und welche nicht. Ich lege einen wesentlichen Werth auf die Erhaltung des Paragrafen 18. Je weiter wir damit gehen, die staatlichen Rechte einzuschränken, um so mehr haben wir die Verpflichtung, die kanonischen Vorschriften anzuheben. Dann muß ich mich gegen eine weitere Inflation der Orden, namentlich so weit sie sich mit dem Unterricht beschäftigen, aussprechen. Ich glaube auch nicht, daß es im Interesse der katholischen Kirche liegt, das Ordenswesen in dem beschriebenen Umfang zuzulassen. — Das ist meine Stellung zu der Vorlage. Ich bin bereit, an der Revision mitzuwirken, behalte mir aber vor, jede einzelne Bestimmung zu prüfen.

v. Kleist-Schmeling: Den Ausführungen des Herrn Vorredners gegenüber weise ich auf den Bericht hin, aus dem hervorgeht, daß der Papst thatsächlich die Bischöfe zur Erfüllung der Angelegenheit aufgefordert hat. Herr Bessler meint, der Staat dürfe nicht gebunden werden. Dann ist gesagt worden, man werde durch die Vorlage einen dauernden Frieden nicht erhalten. Freilich, das Centrum würde keine Garantie für den Frieden geben, aber der Friede ist über den Köpfen des Centrums hinweg geschlossen worden. Ich freue mich, daß es unserem verehrten Kaiser noch vergönnt ist, dies zu erleben. Wir haben ja den Frieden, wir können ihn mit Händen greifen. Die Vorlage im Ganzen ist ein Akt des allergrößten Entgegenkommens. Werden größere Ansprüche an die Regierung gestellt, so wird diese sicherlich wissen, wo sie sich eine Grenze zu ziehen hat. Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage näher ein, wobei er bemerkt, daß die Angelegenheit am besten sich dadurch erledigen würde, wenn man den Geistlichen gewisse staatliche Funktionen, wie z. B. die Gefängnisverwaltung, übertragen würde, letzteres würde er selbst auch stimmen. Redner schließt mit der Bitte, die Vorlage anzunehmen.

Hierauf verläßt das Haus die weitere Debatte. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte, kleinere Vorlagen.) Schluß 4 Uhr.

Königliche Nachrichten.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allergnädigst geruht:

Allochthisthem General-Adjutanten, General der Kavallerie Bringen Heinrich VII. Reuß, Durland, Postschaffner in Wien und dem königlich italienischen Minister des Aeußeren, Grafen Nicola de Robilant den Schwarzen Adlerorden zu verleihen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allergnädigst geruht: dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen v. Bismarck-Schönhausen, die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Kommando des Statten Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des St. Mauritius und Lazarus-Ordens zu ertheilen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der Königin haben Allergnädigst geruht: den Geheimen Regierungsrath Wetteuendorf aus Koblenz zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath im Finanzministerium zu ernennen; sowie dem vortragenden Rath bei der Ober- und Rechnungskammer, Geheimen Ober- und Rechnungsrath Steppuhn aus Aulag seines bevorstehenden Dienstausschlusses den Charakter als Wirklicher Geheimen Ober-Regierungsrath mit dem Range eines Raths erster Klasse und dem Kataster-Kontrollen, Steuerinspektor Wiedersbold zu Schlichtern den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; ferner den bisherigen unbefristeten Beigeordneten, Hüttenbetriebs-Direktor Heinrich Köhl zu Malzdi-Burbach, in Folge der von der dortigen Stadtordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine weitere sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Die bisherigen Geheimen revidierenden Kalkulatoren Thie, Richter und Prehm sind zu Geheimen Rechnungs-Revisoren bei der königlichen Ober-Rechnungskammer ernannt.

Verantwortliche Redakteur: **F. Dornbrun** in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: **E. Köhner** in Berlin.

1. Bataillon 5. Westfälischen Infanterie-Regiments
Nr. 53. a Es werden in das Regiment versetzt: Hauptm. und Komp. Chef Koeßler v. Koeßteritz vom 1. Niederländ. Inf.
Regt. Nr. 46. R. St. v. Beterzborff 1. vom 1. Westpreuß.
Gren. Regt. Nr. 6, unter Beförderung zum Hauptm. und Komp.
Chef. R. St. v. Cöchenhausen, bisher a la suite des 2. Bchl.
Inf. Regts. Nr. 82, unter Einbindung von dem Kommando als

Adjutant der Komp. Chef bei dem Kadettenhause zu Potsdam und unter Beförderung zum Hauptm. und Komp. Chef. Hr. Lt. Friedrich vom 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50. Sec. Lt. Hoffmann I. vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 37, unter Beförderung zum Hr. Lt. Sec. Lt. v. Rauenberg vom 1. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 46, unter Beförderung zum Hr. Lt. Sec. Lt. Steinbrück vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 97. Sec. Lt. Herrmann vom 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58. Sec. Lt. Langheirich von demselben Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Pöhl vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Doldner vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 37. b. Veränderungen im Regiment: Major Hülsen zum Bats. Kommandeur ernannt. Major Hanwerth, bisher aggregirt, in die erste Hauptmannsstelle einrangirt. Hr. Lt. Haffel, unter Entbindung von dem Kommando bei dem großen Generalstab, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. Ringe und v. Munstermann zu Hr. Lts befördert.

4. Bataillon 5. Rheinischen Infanterie-Regiments. Nr. 65. a. Es werden in das Regiment versetzt: Major Deurer vom 4. Bad. Inf. Regt. Prinz Wilhelm Nr. 112 als Bats. Kommandeur. Hauptm. und Komp. Chef v. Krogh vom Kaiser Alexander Garde-Gren. Regt. Nr. 1. Hauptm. Schälze, bisher a la suite des Generalstabes der Armee und dem Nebentat des armen Generalstabes, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. v. Doldner vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 58. Sec. Lt. Langheirich von demselben Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Pöhl vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Doldner vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 37. b. Veränderungen im Regiment: Major Hülsen zum Bats. Kommandeur ernannt. Major Hanwerth, bisher aggregirt, in die erste Hauptmannsstelle einrangirt. Hr. Lt. Haffel, unter Entbindung von dem Kommando bei dem großen Generalstab, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. Ringe und v. Munstermann zu Hr. Lts befördert.

4. Bataillon 5. Rheinischen Infanterie-Regiments. Nr. 65. a. Es werden in das Regiment versetzt: Major Deurer vom 4. Bad. Inf. Regt. Prinz Wilhelm Nr. 112 als Bats. Kommandeur. Hauptm. und Komp. Chef v. Krogh vom Kaiser Alexander Garde-Gren. Regt. Nr. 1. Hauptm. Schälze, bisher a la suite des Generalstabes der Armee und dem Nebentat des armen Generalstabes, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. v. Doldner vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 58. Sec. Lt. Langheirich von demselben Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Pöhl vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Doldner vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 37. b. Veränderungen im Regiment: Major Hülsen zum Bats. Kommandeur ernannt. Major Hanwerth, bisher aggregirt, in die erste Hauptmannsstelle einrangirt. Hr. Lt. Haffel, unter Entbindung von dem Kommando bei dem großen Generalstab, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. Ringe und v. Munstermann zu Hr. Lts befördert.

4. Bataillon 5. Rheinischen Infanterie-Regiments. Nr. 65. a. Es werden in das Regiment versetzt: Major Deurer vom 4. Bad. Inf. Regt. Prinz Wilhelm Nr. 112 als Bats. Kommandeur. Hauptm. und Komp. Chef v. Krogh vom Kaiser Alexander Garde-Gren. Regt. Nr. 1. Hauptm. Schälze, bisher a la suite des Generalstabes der Armee und dem Nebentat des armen Generalstabes, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. v. Doldner vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 58. Sec. Lt. Langheirich von demselben Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Pöhl vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 59. Sec. Lt. v. Doldner vom Westfäl. Inf. Regt. Nr. 37. b. Veränderungen im Regiment: Major Hülsen zum Bats. Kommandeur ernannt. Major Hanwerth, bisher aggregirt, in die erste Hauptmannsstelle einrangirt. Hr. Lt. Haffel, unter Entbindung von dem Kommando bei dem großen Generalstab, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hauptm. und Komp. Chef Müller erhält ein auf den 22. März 1881 O 1 vordatirtes Patent seiner Charge. Sec. Lt. Ringe und v. Munstermann zu Hr. Lts befördert.

Beförderung zum Hr. Lt. und Belassung in seinem Kommando bei der Unteroffizierschule in Weisenfeld. Sec. Lt. v. Dewitz II. vom 2. Sächsisch. Inf. Regt. Nr. 76, unter Beförderung zum Hr. Lt. b. Veränderungen im Regiment: Major v. Bannau, bisher aggregirt, in die erste Hauptmannsstelle einrangirt. Hr. Lt. v. Ditten zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Hr. Lt. Herter, dem Regt. unter Belassung in seinem Kommando zur Dienstleistung bei der Eisenbahn-Abtheil. des Großen Generalstabes, aggregirt. Sec. Lt. Seidenfänger zum Hr. Lt., Sec. Lt. v. Dewitz, unter Entbindung von dem Kommando als Erzieher bei dem Kadettenhause zu Potsdam, zum Hr. Lt., — befördert.

B. Stellenbefetzung aus Anlaß weiterer Reorganisationen. 1. Bei der Artillerie. Hr. v. Reubronn v. Eisenburg, Oberstl. vom 1. Garde-Feld-Art. Regt., als etatsmäßiger Stabs-offizier in das Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, Hofer v. Rutenheim, Major vom 1. Garde-Feld-Art. Regt., unter Verleihung eines Patents seiner Charge, als Abtheil. Kommandeur in das 2. Garde-Feld-Art. Regt., du Chesne de Kuville, Sec. Lt. vom 1. Garde-Feld-Art. Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 2. Garde-Feld-Art. Regt., — verfehlt. v. Hippold, Oberstl. vom 2. Garde-Feld-Art. Regt., zum etatsmäßigen Stabs-offizier ernannt. v. Slupfman Langewende, Major von demselben Regt., als Abtheil. Kommandeur in das 1. Garde-Feld-Art. Regt., vom Berge n. Herrndorf, Hauptm. und Bats. Chef vom 2. Garde-Feld-Art. Regt., unter Beförderung zum überzähl. Major, in die erste Hauptmannsstelle des 1. Garde-Feld-Art. Regts., v. Neumann, Hauptm. vom 2. Garde-Feld-Art. Regt., unter Belassung in seinem Kommando als Adjutant bei der General-Inf. der Art. und unter Verleihung eines Patents vom 13. November 1877 G 3 in das Westpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 16, — verfehlt. v. Graffen, Hr. Lt. vom 2. Garde-Feld-Art. Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef befördert. v. Kaldentz, Hr. Lt. von demselben Regt., ein Patent seiner Charge verliehen. Friedrich, Major vom Ostpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 1, als Abtheil. Kommandeur in das 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, Braune, Hr. Lt. v. Linder, Sec. Lt. vom Ostpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 1, unter Beförderung zum Hr. Lt., beide in das Schles. Feld-Art. Regt. Nr. 6, v. Kleiß, Sec. Lt. vom Ostpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 1, unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14, — verfehlt. Hofer, Sec. Lt. vom Ostpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 1, zum überzähl. Hr. Lt. befördert. Mayschewitz, Sec. Lt. von demselben Regiment, unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Feld-Art. Regt. Nr. 15 verfehlt. v. Schveden, Oberstl. vom 1. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 2, als etatsmäßiger Stabs-offizier in das 2. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 23 verfehlt. Hering, Major vom 1. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 2, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Reinhold, Hauptm., bisher Bats. Chef, vom 1. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 2, zum überzähl. Major, Guje, Hr. Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Fischer, Fritze, Sec. Lt. von demselben Regt., zu Hr. Lts, — befördert. v. Schöden, Oberstl. vom 1. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 3 als etatsmäßiger Stabs-offizier in das 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17 verfehlt. Gembert, Major vom 1. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 3 zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Weber, Hauptm., bisher Bats. Chef, von demselben Regt., zum überzähl. Major befördert. Collignon, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., in das 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8 verfehlt. Köllen, Hr. Lt. vom 1. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 3 zum Hauptm. und Bats. Chef, Artelt, Sec. Lt. von demselben Regt., zum Hr. Lt., — befördert. Gronau, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Nassau. Feld-Art. Regt. Nr. 27, Denke, Sec. Lt. vom 1. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 3, unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Feld-Art. Regt. Nr. 15 — verfehlt. v. Haeseler, Major vom Magdeburg. Feld-Art. Regt. Nr. 4, als Abtheil. Kommandeur in das Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24 verfehlt. v. Hofe, Hauptm., bisher Bats. Chef, vom Magdeburg. Feld-Art. Regt. Nr. 4, zum überzähl. Major befördert. Pfeiffer, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., ein auf den 12. Februar 1884 U 1 vordatirtes Patent seiner Charge, Schapper, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., ein Patent seiner Charge — verliehen. Klein, Hr. Lt. vom Magdeburg. Feld-Art. Regt. Nr. 4, unter Stellung a la suite des Regts., als Adjut. zur Art. Schule kommandirt. Riese, Sec. Lt. von demselben Regt., zum Hr. Lt. befördert. Gabarius, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14 verfehlt. Steinow, Major vom Niederschles. Feld-Art. Regt. Nr. 5, unter Beförderung zum Oberstl., als etatsmäßiger Stabs-offizier, in das 2. Westfälische Feld-Art. Regt. Nr. 22, Rindermann, Major und Abtheilungs-Kommandeur vom Niederschlesischen Feld-Art. Regt. Nr. 5, in das Obereschlesische Feld-Art. Regt. Nr. 21, — verfehlt. Dietrich, Major vom Niederschlesischen Feld-Art. Regt. Nr. 5, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Mertens, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., als Adjut. zur 4. Feld-Art. Inspektion kommandirt. Garne, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., ein Patent seiner Charge verliehen. Rieffe, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Feld-Art. Regt. Nr. 31 verfehlt. Rindke, Major vom Schles. Feld-Art. Regt. Nr. 6, als Abtheil. Kommandeur in das Obereschles. Feld-Art. Regt. Nr. 21, Kändler, Hr. Lt. vom Schles. Feld-Art. Regt. Nr. 6, kommandirt zur Dienstleistung als Lehrer bei der Kriegsschule in Hannover, unter Beförderung zum Hauptm. und Stellung a la suite des Regts., als Lehrer zu der gedachten Kriegsschule, Schüge, Premier-Lieutenant vom Schles. Feld-Art. Regt. Nr. 6, unter Beförderung zum Hauptmann und Batterie-Chef, in das Holstein. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 24, — verfehlt. Draudt, Major und Abtheil. Kommandeur vom 1. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 7, in das Großherzogth. Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 25 verfehlt. Schwarz, Major vom 1. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 7, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Frhr. v. Werthern, Hauptmann, bisher Bats. Chef, von demselben Regt., zum überzähligen Major, v. Ladernge Peguillen, Hr. Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Straderjan, Sec. Lt. von demselben Regt., zum Hr. Lt., — befördert. v. Zilenfeld, Oberstl. vom 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8, als etatsmäß. Stabs-offizier, in das Nassau. Feld-Art. Regt. Nr. 27, Schmidt, Major vom 1. Rhein. Feld-Art. Regiment Nr. 8, unter Stellung a la suite des Regiments, als Lehrer zur Art. Schießschule, — verfehlt. Krulle, Major von demselben Regt., zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Blomener, Hauptm., bisher Bats. Chef, von demselben Regt., zum überzähligen Major befördert. Gesse, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., unter Beförderung zum überzähligen Major, in die erste Hauptmannsstelle des Niederschles. Feld-Art. Regts. Nr. 5, Korten, Hr. Lt. vom 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8, unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef, in das 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, — verfehlt. Wottau, Reßler, Sec. Lt. vom 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8, zu Hr. Lts befördert. Monneberg, Major vom Schleswig. Feld-Art. Regt. Nr. 9, unter Beförderung zum Oberlieutenant, als etatsmäßiger Stabs-offizier in das Westpreuß. Feld-Art. Regiment Nr. 16 verfehlt. Dampke, Major vom Schleswig. Feld-Art. Regiment Nr. 9, zum Abtheilungs-Kommandeur ernannt. Müller, Hauptmann, bisher Bats. Chef, von demselben Regt., zum überzähligen Major befördert. Zeeben, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., in das Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24 verfehlt. Berg, Breiderhoff, Hr. Lt. vom Schleswig. Feld-Art. Regt. Nr. 9, zu Hauptleuten und Bats. Chef, Balongren, Sprotte, Sec. Lt. von demselben Regt., zu Hr. Lts, — befördert. Brockhaus, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, Moewes, Sec. Lt. vom Schleswig. Feld-Art. Regt. Nr. 9, unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 1. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 7, Steinwachs, Sec. Lt. vom Schleswig. Feld-Art. Regt. Nr. 9, in das Feld-Art. Regt. Nr. 31, v. Glazoff, Oberstl. vom 1. Hannover. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 10, als etatsmäßiger Stabs-offizier in das 2. Hannoverische Feld-Artillerie-Regiment Nr. 26, — verfehlt. v. Plessentin, Major und Abtheil. Kommandeur vom 1. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 10, in das 2. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 26 verfehlt. Karuth, Major vom 1. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 10, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Kegelhoff, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., unter Beförderung zum überzähligen Major, in die erste Hauptmannsstelle des Ostpreuß. Feld-Art. Regts. Nr. 1 verfehlt. v. Willeben, Hauptm., bisher Bats. Chef, vom 1. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 10, zum überzähligen

Major befördert. Maure, Hauptm. von demselben Regt., unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 4. Feld-Artillerie-Inspektion, als Bats. Chef in das Regt. einrangirt. Baßke, Hauptm. von demselben Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Klein, Hr. Lt. von dem. Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Klipfke, Sec. Lt. von demselben Regt., zum Hr. Lt., — befördert. Weinberger, Oberstl. vom Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 11, als etatsmäß. Stabs-offiz. in das 2. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 30 verfehlt. Schede, Major vom Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 11, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Geurick, Hr. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef in das 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, Drimbora, Hr. Lt. vom Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 11, in das Feld-Art. Regt. Nr. 31, — verfehlt. Bial, Jacobi, Sec. Lt. vom Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 11, zu Hr. Lts befördert. v. Hoberder, Major vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, zum Abtheilungs-Kommandeur ernannt. Hanewinkel, Hauptmann, bisher Batterie-Chef, von demselben Regt., zum überzähligen Major befördert. Runge, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., unter Beförderung zum überzähligen Major, in die erste Hauptmannsstelle des Hess. Art. Regts. Nr. 15 verfehlt. Gutjahr, Hr. Lt. a la suite des 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14, unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef, in das Regt. wieder einrangirt. Waszansdorf, Hr. Lt. von demselben Regt., unter Entbindung von seinem Kommando zur Dienstleistung bei dem großen Generalstab und unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef, in das Magdeburg. Feld-Art. Regt. Nr. 4, Gähorn, Sec. Lt. vom 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14, in das Obereschles. Feld-Art. Regt. Nr. 21, v. Friedeburg, Sec. Lt. vom 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 4, in das 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, v. Griesmar, außer-etatsmäßiger Sec. Lt. vom 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14, in das 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, — verfehlt. Davidsohn, Oberstl. vom Feld-Art. Regt. Nr. 15, als et. smäh. Stabs-offiz. in das Feld-Art. Regt. Nr. 31 verfehlt. Meyer, Major vom Feld-Art. Regt. Nr. 15, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Kumbach, Hr. Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef befördert. Menne, Major vom Westpreuß. Feld-Art. Regt. Nr. 16, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Wiffel, Hr. Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Burandt, Sec. Lt. von demselben Regt., zum Hr. Lt., — befördert. Heggler, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22 verfehlt. Stedel, Major vom 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, als Abtheil. Kommandeur in das Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19 verfehlt. Wiese, Hr. Lt. vom 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, zum Hauptm. und Bats. Chef befördert. Runge, Hr. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef, in das 2. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 26, Reglaff, Hr. Lt. vom 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, unter Beförderung zum Hauptm. und Bats. Chef, in das 1. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 3, — verfehlt. Gieseler, Balm, Sec. Lt. vom 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17, — zu Hr. Lts befördert. v. Wedell, Sec. Lt. von demselben Regt., in das 2. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 18 verfehlt. Müller, Oberstl. vom 2. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 18 zum etatsmäß. Stabs-offiz. ernannt. Nobne, Oberst a la suite des selben Regts., unter Entbindung von seinem Verhältniß als Lehrer an der Art. Schießschule, als etatsmäß. Stabs-offiz. in das Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19 verfehlt. Humann, Major vom 2. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 18, zum Abth. Kommandeur ernannt. Klapp, Hauptm. a la suite des 2. Brandenburg. Feld-Art. Regts. Nr. 18, kommandirt zur Dienstleistung bei diesem Regt., unter Entbindung von seinem Verhältniß als Lehrer bei der Kriegsschule in Hannover und unter Beförderung zum überzähligen Major, in die erste Hauptmannsstelle des Hess. Feld-Art. Regts. Nr. 11 verfehlt. Thomas, Hauptm. und Bats. Chef vom 2. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 18 unter Stellung a la suite des Regts., zum etatsmäßigen Mitgliede der Art. Prüfungs-Kommission ernannt. Maach, Hr. Lt. von dem. Regt., zum Hauptm. und Bats. Chef, Schmidt, Genestien, Sec. Lt. von dem. Regt., zu Hr. Lts, — befördert. Rosenow, Sec. Lt. von demselben Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das 2. Pomm. Feld-Art. Regt. Nr. 17 verfehlt. Breitbaupt, Major und Abtheil. Kommandeur vom Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19, in das Niederschles. Feld-Art. Regt. Nr. 5 verfehlt. Korstedt, Major vom Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. v. Michaelis, Hr. Lt. vom Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19, zum Hauptm. und Bats. Chef, v. Bedeborff, Hauptm., Sec. Lt. von demselben Regt., zu Hr. Lts, — befördert. Lindner, Major vom Posen. Feld-Art. Regt. Nr. 20, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. v. Thonke, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., in das 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8 verfehlt. Heinrich, Warrissius, Hr. Lt. vom Posen. Feld-Art. Regt. Nr. 20, zu Hauptleuten und Bats. Chef, Gulbe, Bachz, Klinge, Gieske, Sec. Lt. von demselben Regt., zu Hr. Lts, — befördert. Protisch, Oberstl. vom Obereschles. Feld-Art. Regt. Nr. 21, zum etatsmäßigen Stabs-offizier ernannt. Reutner, Oberstl. von demselben Regt., als etatsmäßiger Stabs-offiz. in das Posen. Feld-Art. Regt. Nr. 20 verfehlt. Freß, Major vom Obereschles. Feld-Art. Regt. Nr. 21, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. v. Hanstein, Hauptm. und Bats. Chef von demselben Regt., in das 2. Garde-Feld-Art. Regt. verfehlt. Schmidt v. Stempel, Schramm, Hr. Lt. vom Obereschles. Feld-Art. Regt. Nr. 21, zu Hauptleuten und Bats. Chef, Gieske, Gering, Gieske, Sec. Lt. von demselben Regt., zu Hr. Lts, — befördert. Weber, Major vom 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, als Abtheil. Kommandeur in das Feld-Art. Regt. Nr. 15 verfehlt. v. Dittfurth, Hauptm. und Bats. Chef vom 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, unter Beförderung zum Major, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Wintgens, Hauptm. a la suite des selben Regts., unter Entbindung von seinem Verhältniß als etatsm. Mitglied der Art. Prüfungs-Kommission und unter Verleihung eines Patents vom 13. November 1877 G 2, als Bats. Chef in das 1. Bad. Feld-Art. Regt. Nr. 14 verfehlt. Waldhausen, Hauptm. vom 2. Westfäl. Feld-Art. Regt. Nr. 22, kommandirt als Adjut. bei der 2. Feld-Art. Inspektion, ein Patent seiner Charge verliehen. Groos, Major vom 2. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 23 unter Verleihung eines Patents seiner Charge, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. v. Vincenti, Sec. Lt. vom 2. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 23, zum Hr. Lt. befördert. v. Alten, Sec. Lt. von demselben Regt., in das Nassau. Feld-Art. Regt. Nr. 27 verfehlt. v. Reichenau, Major und Abtheil. Kommandeur vom Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, in das 2. Garde-Feld-Art. Regt., v. Bager, Major vom Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, als Abtheil. Kommandeur in das 1. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 8, v. Münchermann, Hauptm. und Bats. Chef vom Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, unter Beförderung zum überzähligen Major, in die erste Hauptmannsstelle des Schles. Feld-Art. Regts. Nr. 6, Schöen, Hauptm. und Bats. Chef vom Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, in das 2. Rhein. Feld-Art. Regt. Nr. 23, — verfehlt. v. Wismar, Hr. Lt. vom Holstein. Feld-Art. Regt. Nr. 24, zum Hauptm. und Bats. Chef, v. Hoffewitz I., Wifcher, Sec. Lt. von dem. Regt., zu Hr. Lts, — befördert. v. Bedeborff, Sec. Lt. von dem. Regt., unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Nass. Feld-Art. Regt. Nr. 27 verfehlt. v. Mohl, Oberstl. vom Großherzogth. Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 25 zum etatsmäß. Stabs-offizier ernannt. v. Glazoff, Major von dem. Regt., als Abtheil. Kommandeur in das 1. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 10 verfehlt. Koch, Sec. Lt. vom Großh. Hess. Feld-Art. Regt. Nr. 25, zum Hr. Lt. befördert. Reiff, Major u. Abtheil. Kommandeur vom 2. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 26, in das 2. Brandenburg. Feld-Art. Regt. Nr. 18 verfehlt. Reinicke, Major vom 2. Hannover. Feld-Art. Regt. Nr. 26, zum Abtheil. Kommandeur ernannt. Rappenstein, Hauptm. und Bats. Chef von dem. Regt., ein auf den 12. August 1879 P 1 vordatirtes Patent seiner Charge, Donny, Hauptm. und Bats. Chef von dem. Regt., ein Patent seiner Charge, — verliehen. Reuter, Sec. Lt. von dem. Regt., zum Hr. Lt. befördert. Oberg, Major vom Nassau. Feld-Art. Regt. Nr. 27 zum Abtheil. Kommandeur ernannt.

Verantwortliche Redakteure: F. Derubura in Berlin.
Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile:
F. E. Köhner in Berlin.
Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.